Nr. 108 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 11. Mai 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Schwankende Gestalten.

Wollen sich Demokraten und Zentrum auf den Hindenburg-Vorschlag einigen? / Die Sozialdemokratie bleibt der einzige feste republikanische Pol.

Strebt Hindenburg nach Schwarz-Weiß-Rot-Gold?

Luther unmöglich!

Wie stehen die Parteien zum sozialdemokratischen Mißtrauensantrag?

Berlin, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Das Reichskabinett hat sich bis in die frühen Morgenstunden des heutigen Tages bei Wein und Bier, also durchaus gemütlich, in den Räumen des Reichsaußenministers mit der durch die gestrigen Beschlüsse der maßgebenden Parteiinstanzen entstandenen Situation befaßt (Stresemann feierte seinen Geburtstag. D. Red.), **ohne jedoch zur Änderung seiner bisherigen Haltung zu kommen.** Vor allem stand die Frage zur Erörterung, ob wenigstens eine vorläufige Zurückziehung der Flaggenverordnung möglich ist. **Die Demokraten haben durch ihren Vertreter im Kabinett, den Reichsinnenminister Külz, bei dem Reichskanzler einen entsprechenden Antrag stellen lassen, und zwar unter dem Hinweis auf das Schreiben des Reichspräsidenten,** durch das angeblich die zweite Verordnung überflüssig geworden ist. Man spricht weiter davon, daß diese Verordnung nur einem etwaigen Kompromiß vorausgreift und die Verhandlungen erschwert, statt erleichtert. Das Reichskabinett wird sich mit diesem Gedankengang wahrscheinlich am heutigen Vormittag nochmals befassen; aber auch von dieser Sitzung versprechen wir uns einen Erfolg im Sinne der Demokraten nicht, nachdem der Reichskanzler bereits am Montag in Gegenwart sozialdemokratischer Vertreter die Zurückziehung der Flaggenverordnung abgelehnt hat.

Immerhin muß man bei Herrn Luther auf alles gefaßt sein und ebenso ist die Haltung der Demokraten nach wie vor nicht lobenswert konsequent. Von der Rücktrittsforderung des gegenwärtigen Reichskanzlers hat sie sich wieder auf den Boden der Verhandlungen mit ihm begeben, so daß dem für unmöglich gehaltenen Kanzler in letzter Stunde vielleicht doch noch ein indirektes Vertrauensvotum offeriert wird. Voraussetzung hierzu sind natürlich gewisse Zugeständnisse. **Werden sie gemacht, dann ist die demokratische Reichstagsfraktion bereit, gegen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum zu stimmen.** Das „Berliner Tageblatt" nimmt an, daß die Abstimmung über das vorliegende Mißtrauensvotum trotz der Verhandlungen zum Sturze des Kanzlers führen wird, während die „Vossische Zeitung" im Gegensatz hierzu **an weitgehende Zugeständnisse der Regierung in der Flaggenfrage glaubt.** Aber selbst für diesen Fall betrachtet das Blatt die Stellung Luthers als schwer erschüttert und erinnert an das Gesetz über die Aufwertung, über welches die Regierung zweifellos stolpern muß. Auch die Tatsache, daß selbst das Zentrum für den Fall eines Zugeständnisses entschlossen zu sein scheint, gegen die Regierung in der Flaggendebatte eine Erklärung abzugeben, die das Verhalten des Kabinetts rügt, dürfte **Herrn Luther im In- und Ausland einen schwer gutzumachenden Prestigeverlust einbringen.**

Auffällig an der Situation ist, daß die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion vom Montagabend, die übrigens mit großer Mehrheit gefaßt wurde, insbesondere **in der demokratischen Parteipresse vorläufig kaum auf besonderen Widerhall stößt.** Aus dieser Haltung der Regierungspresse ist zu schließen, daß **die letzten Hoffnungen auf eine Beilegung des Konflikts innerhalb der Koalition noch nicht aufgegeben sind und schließlich der ganze Sturm des Zentrums und der Demokraten doch noch durch Wohlgefallen abgelöst wird.** Aber selbst wenn dieser Fall nicht eintritt, hat die Volkspartei schon eine Lösung der Krise in Aussicht. Es gilt nach ihrer, nicht immer hoch zu schätzenden, Meinung als selbstverständlich, daß die Regierung demissioniert, wenn die demokratische Fraktion geschlossen für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmt. Kopfschmerzen macht man sich darüber jedoch weder bei der Volkspartei noch in der Reichskanzlei, „denn — so schreibt die „Tägliche Rundschau" — **man rechnet bestimmt damit, daß der Reichspräsident sofort den bisherigen Reichskanzler mit der Bildung eines Kabinetts betrauen wird und sich dann die bisherige Koalition und das bisherige Kabinett unter Ausschluß der Demokraten wieder zusammenfinden".** Diese Rechnung dürfte vorläufig ohne das Zentrum gemacht sein. Richtig ist zweifellos, daß Hindenburg sich kaum einen anderen Reichskanzler vorstellen kann als Luther, und Luther persönlich nicht nur zur Neubildung eines Kabinetts bereit ist, sondern sich hierzu geradezu offeriert. Er geht dabei von der Meinung aus, daß Deutschland „irgendwie regiert werden muß". Die Hauptsache, daß er regiert.

Der Plan der Volkspartei, der zweifellos der Zustimmung des Reichskanzlers Luther gewiß ist, zeigt ebenfalls, wie notwendig es ist, daß der gegenwärtige Chef der Regierung verschwindet. **Als Nichtpolitiker und Nichtmitglied des Parlaments fühlt er sich bei seiner Regiererei trotz aller Dummheiten, die er bisher begangen hat, noch keiner Seite hin gebunden und verpflichtet.** Nur aus dieser Einstellung heraus wurde die Flaggenverordnung möglich, die im ganzen Deutschen Reich Entrüstung hervorgerufen hat. Auf die Dauer muß diese Einstellung zu einem Zustande führen, der das Parlament der Lächerlichkeit preisgibt, ihm praktisch die gesetzgebenden Vollmachten entzieht und Herrn Luther zu dem ersehnten „verfassungsmäßigen Diktator" werden läßt.

In Erkenntnis dieser Entwicklung war der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine unbedingte Notwendigkeit.

*

Der „Vorwärts" sagt aus Anlaß des Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion u. a.: „Im Bewußtsein dessen, daß sie nur eine Minderheit sind, erstreben die Rechtsparteien ein Regiment der Gewalt. Sie wollen den trockenen Putsch mit Hilfe des Artikels 48 der Verfassung. Sie träumen von einem Belagerungszustand, **um den gefürchteten Volksentscheid zu verhindern.** Sie möchten Deutschland zu einer Monarchie machen mit einem vakanten Thron und einem Reichsverweser à la Horthy an der Spitze. **Dort, wo man jetzt über die Frankenfälscher zu Gericht sitzt und wo alle deutschen Putschisten und Meuchelmörder eine sichere Zuflucht finden, ist das Musterland, aus dem sie sich ihre Vorbilder holen.**"

Die Entschließungen der Demokraten und des Zentrums.

In der Sitzung des Gesamtvorstandes der Demokratischen Partei wurde am Montag folgender Beschluß gefaßt: **„Der Parteivorstand billigt die entschiedene Haltung der Fraktion und fordert sie auf, dabei zu beharren."**

Anschließend trat die demokratische Reichstagsfraktion zusammen, um den Bericht des Vorsitzenden Koch über seine Besprechung bei dem Reichskanzler und mit dem Reichsjustizminister Dr. Marx entgegenzunehmen. In der Debatte wurde auch die Möglichkeit einer vorläufigen Suspendierung der Flaggenverordnung erörtert. Die Fraktion hält an ihrer bisherigen Haltung fest und vertagte sich auf Dienstag mittag 12 Uhr.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums faßte am Montag folgenden Beschluß: Der Reichsparteivorstand des Zentrums bedauert in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Reichstagsfraktion den Erlaß der Flaggenverordnung; **er billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und erwartet mit Vertrauen ihre weiteren Entschließungen.**

Im Fall der Regierungskrise.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte am Montag nach mehrstündiger Beratung folgenden Beschluß:

„Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenfrage zu einer Regierungskrise kommt, ermächtigt die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler grundsätzlich zu Verhandlungen über die Neubildung der Regierung."

Schwarz-Rot-Gold!

„— und wenn die Welt voll Luthers wär, es sollt' uns doch gelingen."

Für saubere Farben.

✣ Halle (Saale), 11. Mai.

Die von uns gestern ausführlich besprochene zweifelhafte Haltung der bürgerlichen republikanischen Parteien hat in den Kreisen der Demokraten einiges Aufsehen erregt. Der Hauptvorstand der Demokratischen Partei in Berlin versuchte glaubhaft zu machen, daß die demokratische Fraktion ebenso wie der Hauptvorstand nach wie vor die Flaggenverordnung der Reichsregierung auf das entschiedenste ablehne. Was wäre also natürlicher, als daß die demokratische Fraktion bzw. der demokratische Parteivorstand in der gestrigen Sitzung beschlossen haben würden, dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ihre Zustimmung zu geben. Das „Berliner Tageblatt" berichtet jedoch in seiner heutigen Morgenausgabe lediglich, daß die Fraktion, „wie beabsichtigt, **voraussichtlich** für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen Dr. Luther stimmen wird". Also voraussichtlich gegen Dr. Luther stimmen wird. Auch in der Entschließung des Vorstands steht kein Wort von einem Mißtrauensvotum gegen Dr. Luther. Diese Haltung des demokratischen Hauptvorstandes erfährt eine sehr deutliche Interpretation durch den Schluß des betreffenden Berichts des „Berliner Tageblatt", der folgenden Wortlaut hat: „Wie verlautet, beabsichtigt der Parteivorstand in einem Beschluß die Reichstagsfraktion aufzufordern, eine zeitliche Zurückstellung des Flaggenerlasses durch den Reichspräsidenten zu erwirken. **Falls dieser Schritt erfolglos bleibt, sollte die Reichstagsfraktion für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag stimmen."**

Aus der „Vossischen Zeitung" erfahren wir weiter, daß der recht merkwürdige Hindenburg-Brief, der ganz augenscheinlich eine Kompromißlösung zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot vorbereitet, die Wirkung auf die demokratische Fraktion und den demokratischen Parteivorstand nicht verfehlt hat. Die „Vossische Zeitung" berichtet nämlich folgende erbauliche Dinge aus der Sitzung des demokratischen Parteivorstandes: **„Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Demokratische Partei bereit sei, den vom Reichspräsidenten gewiesenen Weg zu betreten, und es bestand die Neigung, die Fraktion anzuregen, auf Grund des Briefes des Reichspräsidenten die Fraktion zu ersuchen, von sich aus die Initiative zu einer Einheitsflagge zu ergreifen, die die verfassungsmäßigen Farben der deutschen Republik zur Grundlage hat."** Das heißt doch nicht mehr und nicht weniger, als daß die Demokraten die gegenwärtige Reichsfahne nicht unbedingt zu schützen gedenken, sondern daß sie gegebenenfalls bereit sind, auf der Grundlage der Hindenburg-Lutherschen Absichten eine Verquickung der republikanischen Farben mit der Hohenzollernfahne zuzulassen.

Daß in dieser Haltung eine direkte Ermunterung der republikfeindlichen Haltung des Reichskanzlers liegt, scheinen die Demokraten noch nicht begriffen zu haben. Aber diese Haltung deckt sich durchaus mit dem, was Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" vom Sonntag schrieb. Für den Chefredakteur dieses demokratischen Blattes ist die Flaggenverordnung in der Hauptsache deswegen anstößig, weil sie zu einem politisch sehr unglücklichen Termin herausgekommen ist. Zu irgendeiner anderen Zeit hätte man ohnehin eine Neuregelung der Flaggenfrage vornehmen müssen.

Wenn bei dieser Mentalität der Demokratischen Partei bzw. ihrer organisatorischen und geistigen Führung in der sozialdemokratischen Presse die republikanische Zuverlässigkeit der Demokraten bezweifelt wird, so braucht sich niemand darüber zu wundern, am allerwenigsten aber die Demokratische Partei selbst. Es muß und soll anerkannt werden, daß im Lande in den Reihen der demokratischen Mitglieder der Wille zum unbedingten Schutze der Reichsfahne ohne Kompromisse stark und lebendig ist, und daß diese für die Republik wertvollen Elemente ohne Unterlaß bemüht sind, nach Berlin in entsprechendem Sinne zu wirken. (Darum ist es auch mehr als töricht, wenn vereinzelte sozialdemokratische Stimmen laut werden, die mit Rücksicht auf die Haltung des demokratischen Parteivorstandes einer entsprechenden Veränderung innerhalb der Reichsbannerorganisation das Wort reden.) Festgehalten aber muß daran werden, daß der Reichsvorstand der Demokratischen Partei mit seiner Rückwärtskonzentration auf den Hindenburg-Brief ein sehr wachsames Mißtrauen verdient. Daran ändert auch gar nichts die radikale Rede des Vorsitzenden Dr. Koch in Erfurt vom vergangenen Sonntag. Für die Flaggenpolitik kommt es nicht darauf an, was Koch in Erfurt redet, sondern was der Hauptvorstand und die Reichstagsfraktion in Berlin tun.

Da das Zentrum gemäß seinem letzten Beschluß die Flaggen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192605 11-12/fragment/page=0001

verordnung bedauert, sich jedoch im übrigen volle Handlungsfreiheit in ihren Entschließungen vorbehält, also möglicherweise auch eine Rückwärtskonzentration auf den Hindenburg-Brief vornimmt, so ist das Schicksal des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags am Mittwochabend vollkommen ungewiß. Gewiß ist nur, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Reichskanzler Luther keine Stunde länger mehr das Recht zuerkennt, die Geschäfte der deutschen Republik zu führen, und daß sich an dieser festen republikanischen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion nichts ändern wird, welche Konalition auch immer zustande kommen möge zwischen Hindenburg-Brief, Demokraten und Zentrum. Für die Sozialdemokratie gibt es in den Grundfragen der Verfassung nur saubere Farben. Und das ist die deutsche Trikolore Schwarz-Rot-Gold.

Ein untauglicher Versuch.

Luther hat sich bei Hindenburg einen von uns gestern bereits kurz erwähnten Brief bestellt, der gewissermaßen eine beruhigende Interpretation zu der Flaggenverordnung darstellen soll. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die zweite Verordnung über Flaggen vom 5. Mai ist in der Oeffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet. Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Auslande unter besonders schweren Begleitumständen der unselige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 5. Mai 1926 abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln. Leider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Oeffentlichkeit ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in abziehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen versöhnenden Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdegang und der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur geeigneten Stunde sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reiche als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklichst zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins schart!

Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

ges. Hindenburg.

•

Hindenburg redet von Verfassung, die Verordnung ist aber gegen die Verfassung gerichtet. Wir wollen keinen „Ausgleich" mit der Hohenzollern-Fahne, sondern wir wollen die Fahne der Republik rein und unbeschmutzt erhalten wissen.

Einspruch der Preußen-Regierung gegen den Flaggenskandal.

Die verfassungswidrige Flaggenverordnung.

Berlin, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Die preußische Regierung hat am Montag an das Reichskabinett und den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, das sich mit der Flaggenverordnung befaßt und gegen deren Erlaß Einspruch erhebt. Die Verordnung wird gleichzeitig als verfassungswidrig bezeichnet, weil im Widerspruch zu der ausdrücklichen Vorschrift der Reichsverfassung der Reichsrat vorher nicht gehört worden ist. Er dürfte sich voraussichtlich am Freitag mit der Angelegenheit befassen und es ist anzunehmen, daß außer Preußen auch Baden, Sachsen und andere Länder gegen den Erlaß der Verordnung Beschwerde einreichen und die Zurückziehung verlangen werden, falls das bis dahin nicht geschehen ist.

Im übrigen ist inzwischen bekanntgeworden, daß von den Auslandsdeutschen in allen Erdteilen Telegramme sowohl in den Besitz des Reichspräsidenten als des Reichskanzlers gelangt sind, die ebenfalls gegen den Erlaß protestieren. Warum veröffentlicht der „unpolitische" Reichskanzler diese Erklärungen nicht auch, nachdem er bisher jedes Telegramm von einer 20 Mann starken Kolonie als Beweis für die richtige Handlungsweise der Regierung auf Reichskosten in der ganzen Welt verbreiten ließ, warum nicht einmal von dieser Sorte Telegramme?

Mittwoch abend Entscheidung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum.

Berlin, 11. Mai. (Radiomeldung.)

Die Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum wird am Mittwochabend gegen 6 Uhr im Reichstag erfolgen. Die Sozialdemokraten werden namentliche Abstimmung über ihren Antrag beantragen. Die heutige Sitzung dürfte auf Wunsch der Regierungsparteien nach der Rede des Reichskanzlers vertagt werden. Vorher begründet Breitscheid die sozialdemokratische Interpellation. Die Vertagung erfolgt, weil insbesondere das Zentrum von der heutigen Rede des Reichskanzlers seine endgültige Stellungnahme abhängig macht und zu diesem Zweck nach der Rede Luthers sofort eine Fraktionssitzung plant.

Wie Stimmungen gemacht werden

Und wie Hindenburg angelogen wird.

Riga, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Das Telegramm des hiesigen reichsdeutschen Vereins an Hindenburg wegen der Flaggenverordnung hat bei zahlreichen Rigaischen Reichsdeutschen starke Entrüstung hervorgerufen. Wie überall im Auslande zählt der Verein die verschwindende Minderheit von 200 Mitgliedern, während die Kolonie 3000 zählt. Aber selbst unter diesen 200 Mitgliedern ist die Meinung geteilt. Dem Beschluß ist keine Versammlung vorausgegangen. Die Mehrheit der reichsdeutschen Angestellten, Handwerker und Arbeiter steht auf dem Boden der Republik. Wenn der Verein, geführt von den Deutschnationalen und Völkischen, überhaupt einige hundert Mitglieder zählt, so liegt das an seiner Aufgabe als reiner Unterstützungsverein.

Unter dem Einfluß des Frankensturzes steigen die Lebenshaltungskosten in Frankreich in wachsendem Tempo. Der amtliche Großhandelsindex für Ende April wird mit 664 angegeben gegen 445 Ende März. Der Index der Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie stellt sich für Paris im ersten Viertel des Jahres 1926 auf 451 gegen 421 im letzten Viertel des vergangenen Jahres. Inzwischen dürften die Lebenshaltungskosten noch wesentlich gestiegen sein. Der Brotpreis wird in Paris demnächst zum erstenmal die Höhe von 2 Franken pro Kilogramm erreichen.

Der Riesenkampf.

Die Streiklage.

Lingenützte Reserven auf beiden Seiten.

London, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Situation am Ende der ersten Streikwoche stellt sich wie folgt dar: Die Lebensmittelversorgung sowie die gesamte Versorgung mit Elektrizität und Gas liegt in den Händen der Regierung. Nachdem die Regierung die lokalen Behörden, die sich mit den Gewerkschaften über die Fortführung der Lebensmittel- und Kraftversorgung geeinigt hatten, aufgefordert hat, diese Abmachungen rückgängig zu machen, hat der Generalrat seine Mitwirkung bei der Lebensmittelversorgung zurückgezogen und sie völlig der Regierung überlassen. In der Kraftversorgung ist die Lage nicht so einheitlich, jedoch kann angenommen werden, daß diese zu 80 Prozent von Freiwilligen der Regierung durchgeführt wird. Die zweite Linie ist noch nicht aufgerufen. Einzelne ihr angehörige Gruppen haben jedoch, meist örtlich, die Arbeit niedergelegt. Zu den bisherigen Gruppen sind nunmehr noch die Maschinenbauer und die Schiffbauer in Glasgow getreten.

Es wird im Hauptquartier der Gewerkschaften betont, daß alle diese zusätzlichen Arbeitsniederlegungen in Uebereinstimmung mit den Weisungen des Generalrats erfolgt sind und keine eigenmächtigen Handlungen der Arbeiter darstellen. Die gewerkschaftliche Disziplin läßt nirgends eine Lockerung erkennen. Die täglichen Bulletins der Regierung mit der Aufzählung von einzelnen Arbeitern, die sich zur Arbeit eingefunden haben, geben ein völlig falsches Bild. Die einzige Gruppe, die eine Ausnahme bildet, sind die Tramway-Bediensteten. Ihre Haltung ist keine Ueberraschung, da diese Gruppe wegen ihres geringen Organisationsgrades schon immer ein gewerkschaftliches Sorgenkind gebildet hat. Der Fall von Arbeitern, die in der Provinz ihre Arbeit niedergelegt haben und sich in London als Streikbrecher betätigen, ist durchaus vereinzelt.

Weniger erfreulich ist die Situation der Presse. Hier ist es den Unternehmern von Tag zu Tag in höherem Maße gelungen, Teile ihrer Blätter herauszubringen. Das gilt insbesondere für das mittlere und westliche England und für London, wo es nunmehr der „Times", dem „Daily Telegraph" und der „Evening News" seit einigen Tagen gelingt, regelmäßig Bruchstücke ihrer Blätter erscheinen zu lassen. Die Herausgabe eines liberalen Blattes ist für Mitte dieser Woche angekündigt. Es muß ausdrücklich betont werden, daß diese Zeitungen nicht von organisierten Arbeitern hergestellt werden, die sich zu Streikbrecherdiensten zur Verfügung stellen, sondern lediglich von nicht oder nicht mehr organisierten Arbeitern, Angestellten und Prinzipalen gedruckt werden. Die Situation in der nicht zum Streik aufgerufenen Textilindustrie ist beinahe normal, jedoch haben Materialknappheit und Stromeinteilung von seiten der Behörden vielfach zu einer Ausdehnung der bestehenden Kurzarbeit geführt.

Lloyd George warnt die Regierung

London, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George hielt am Montag im Unterhaus eine Rede, die von der gesamten Opposition mit Beifall aufgenommen wurde und die Frage nach den Möglichkeiten eines Friedensschlusses wieder in den Vordergrund geschoben hat. Seine Auffassung, daß ein Friedensschluß auf der Basis der unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury von den Vertretern der Kirche gemachten Vorschläge möglich ist, wird bis tief in die führenden Gewerkschaftskreise hinein geteilt. Auch der „Manchester Guardian", der seit einigen Tagen mit einer in Maschinenschrift geschriebenen Ausgabe erscheint, schließt sich im allgemeinen dieser Auffassung an und warnt die Regierung vor der Verpflichtung der gesamten politischen und sozialen Atmosphäre Großbritanniens, wenn die Regierung auf ihrer Formel, den Kampf bis zur Kapitulation der Gewerkschaften fortzuführen, besteht. Das Blatt rät zur Aufnahme inoffizieller Besprechungen. Alle auf dem Umweg über Paris oder Neuyork verbreiteten Nachrichten über Friedensaktionen des Prinzen von Wales und über die Ernennung Lord Readings als Unterhändler finden hier keine Bestätigung.

Holländische Solidarität.

Amsterdam, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Niederländische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei haben die Amsterdamer Arbeiterschaft zu einer großen Kundgebung am 11. Mai aufgerufen, um zu dem Generalstreik in England Stellung zu nehmen.

Die Hauptvorstände der dem Niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände beschlossen die Unterstützung der Streikenden in England mit einem Betrag von 60 000 Gulden. Außerdem soll unter den Bundesmitgliedern eine Unterstützungsaktion veranstaltet werden, indem Marken im Werte von 25 Cents vertrieben werden.

Die Mitglieder des Christlichen Transportarbeiterverbandes im Hafen von Ymuiden haben sich mit den freigewerkschaftlichen Transportarbeitern solidarisch erklärt und ebenfalls das Löschen englischer Fischdampfer abgelehnt. Die Gemüseeinfuhr nach England ist vollständig stillgelegt, so daß die Preise in Holland stark zurückgegangen sind. Der Gärtnerbund hat sich entschlossen, größere Mengen Gemüse nach Deutschland zu senden. Die großen Exporthöchtereien in Oß haben wegen des englischen Streiks ihre Betriebe niedergelegt und die Herstellung von Räucherschinken, die sonst in großen Mengen nach England ausgeführt werden, eingestellt. Die Folge ist, daß die Schweinepreise bereits erheblich zurückgegangen sind.

Die Flugzeuge von Holland nach England sind ständig ausverkauft, obgleich die deutsche Hansa-Flugzeuggesellschaft Reservemaschinen eingestellt hat.

Der gerechte Abwehrkampf.

Stellungnahme des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften zum englischen Streik.

Köln, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In Köln trat am Sonntag der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der christlichen Fachinternationale der Bergarbeiter, der Eisenbahner und Transportarbeiter zusammen, um zu dem gegenwärtigen Wirtschaftskampf der englischen Arbeiter Stellung zu nehmen.

Die Konferenz stellte auf Grund des vorliegenden Materials fest, daß die englischen Bergarbeiter sich in einem gerechten Abwehrkampf gegen eine Verschlechterung der Löhne und Arbeitszeit befinden. In Uebereinstimmung mit dem Programm des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften verurteilte der Vorstand die in allen Ländern verstärkt zutage tretenden antisozialen Strömungen und den wachsenden Ansturm des Kapitalismus gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft.

Die neueste Leistung eines Münchener Landgerichts.

Wiederaufnahme-Antrag Fechenbachs verworfen.

München, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die von dem Verteidiger Felix Fechenbachs, Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, beantragte Wiederaufnahme des durch Volksgerichtsurteil vom 20. Oktober 1922 begonnenen Verfahrens wegen Landesverrats wurde von der Ersten Strafkammer des Landgerichts München I laut Beschluß vom 1. Mai 1926 unter Uebernürung der Kosten auf Fechenbach verworfen. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es u. a.:

„Das Ritter-Telegramm ist eine diplomatische Urkunde, die im Geheimarchiv des bayerischen Ministeriums des Aeußern aufbewahrt wurde. Der Umstand, daß Eisner die bayerischen Geheimarchive geöffnet hat, hat dem Ritter-Telegramm seine Eigenschaft als Geheimurkunde nicht genommen. Jedenfalls haben die Regierungen des Feindbundes keine Kenntnis davon gehabt. Für sie war das Telegramm geheim. Die in Betracht kommenden, von Fechenbach an Gargas gelieferten Nachrichten befassen sich mit deutschen, insbesondere mit bayerischen militärischen Geheimorganisationen, Waffenlagern, monarchischen Bestrebungen u. dergl. Diese Dinge waren geheim nicht nur im Lande, sondern insbesondere im Ausland. Es ist allgemein bekannt, daß an der maßgebenden Rolle der Feindbund-Deutschland mit einem ausgedehnten Spionagenetz überzogen hatte, um Material gegen Deutschland zu sammeln und mit neuen Quälereien und Sanktionen gegen Deutschland vorgehen zu können. Es durfte deshalb nichts, aber auch gar nichts veröffentlicht und ins Ausland gemeldet werden, was Deutschland auch nur im entferntesten hätte schaden können. Auch der Umstand, daß die Feindbundmächte schon im Jahre 1915 durch Vereinbarung der Kurie von den künftigen Friedensverhandlungen ausgeschlossen und daß zur Zeit der Veröffentlichungen die Friedensbedingungen schon vorgelegen haben, ist ohne Belang. Die Kurie konnte trotz allem zugunsten Deutschlands wirken, wie es auch im Jahre 1917 versucht wurde, und die Möglichkeit, daß durch die Kurie eine Milderung der Friedensbedingungen herbeigeführt werden konnte, war nicht ausgeschlossen, trotz aller gegenteiligen Behauptungen. Daß durch die Veröffentlichung ein wirklicher Schaden für das Reich und seine Länder eingetreten ist, ist nicht erforderlich. (!) Als gewiegter Journalist ist sich Fechenbach bewußt gewesen, daß die von ihm weitergegebenen Nachrichten geheim waren. Der Umstand, daß die an Gargas gelieferten Nachrichten vielleicht der Wahrheit entsprochen haben, ändert an der Geheimhaltungspflicht selbstverständlich nichts.

Fechenbach mußte erkennen und hat erkannt, daß solche Veröffentlichungen für das Reich und seine Länder nachteilig sein können. Daß er geglaubt hat, durch seine Veröffentlichungen Deutschland zu dienen, ist bei dieser Sachlage ausgeschlossen. Er kann sich nicht darauf berufen, er habe gegen gesetzwidrige Zustände in Deutschland vorgehen wollen. Es ist einem Deutschen nicht gestattet, dagegen Hilfe im Ausland zu suchen. Nach allem ist weder aus tatsächlichen noch aus rechtlichen Gründen die Freisprechung oder in Anwendung eines mildernden Strafgesetzes eine geringere Bestrafung des Fechenbach zu erwarten. (!) Der Wiederaufnahme-Antrag erwies sich deshalb als unzulässig und war zu verwerfen. (!)

Die Erste Strafkammer des Münchener Landgerichts hat scheinbar nie etwas davon erfahren, daß das Ritter-Telegramm lange vor der Uebermittlung durch Fechenbach an Gargas in einem holländischen Blatt bekanntgegeben worden war. Diese Tatsache wird in der ablehnenden Begründung der Münchener Strafkammer völlig außer acht gelassen, obwohl sie für die Beurteilung der von dem Verteidiger Fechenbachs beantragten Revision maßgebend ist. An sich war von dem Münchener Landgericht von vornherein nichts anderes als eine Ablehnung des Revisionsgesuches zu erwarten. Es gibt aber schließlich noch höhere Instanzen, von denen Fechenbach jetzt versuchen muß, Recht zu erlangen.

Das neue polnische Kabinett.

Dem Piastenführer Witos ist es gelungen, gemeinsam mit der Rechten und der Nationalen Arbeiterpartei gegen die Opposition der Linken eine Regierung zu bilden. Viele Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts Skrzynski behalten ihre Portefeuilles. Das Ministerium des Aeußern, das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern sind neu besetzt. Skrzynski hat die ihm angetragene Mitwirkung in der neuen Regierung abermals abgelehnt. Dem polnischen Gesandten in Bukarest, Wisłowiejski, ist angeblich der Vorschlag gemacht worden, das Portefeuille des Aeußern zu übernehmen; seine Antwort soll noch aussteben. Das Kabinett, das vom Präsidenten der Republik heute nachmittag bestätigt wurde, hat folgende Zusammensetzung: Vorsitz Witos, Inneres Smulski (Christl. Dem.), Krieg General Malczewski, Korpskommandant von Warschau, Finanzen Zdziechowski (Nat. Dem.), Aeußeres vorläufiger Leiter Morawski (Unterstaatssekretär), Unterricht Stanislaus Grabski (Nationaldemokrat), Justiz Piechocki (Christl. Dem.), Industrie und Handel Olszeki

„Nationale Regierung zur Rettung des Franken."

Brüssel, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteiausschuß der Belgischen Arbeiterpartei stimmte am Montag dem Plane zu, den sozialistischen Kammerpräsidenten Brunet mit der Bildung der „Nationalen Regierung zur Rettung des Franken" zu betrauen. In dem neuen Kabinett werden 5 Sozialisten, 5 Katholiken und 2 Liberale sitzen. In der bisherigen Regierungen waren die Sozialisten ebenfalls durch 5 Mitglieder vertreten.

Die katholischen Minister sind voraussichtlich der frühere Außenminister Jaspar, der frühere Justiz- und Arbeitsminister Tschoffen als Finanzminister, der katholische Abgeordnete von Ostende Baels als Minister für die öffentlichen Arbeiten und der katholische General Hellebaut als Wehrminister. Die Ministerkandidaten der Liberalen sind noch nicht bekannt, da die Entscheidung der Liberalen Partei vorläufig noch aussteht. Auf alle Fälle wird die Bildung der neuen Regierung am Dienstag beschlossen werden. Außer den bisherigen sozialistischen Ministern gehört ihr auch der bisherige Ministerpräsident an.

Dem Finanzministerium soll ein Finanzrat angegliedert werden, dem die Bankiers Jadot und Franqui von der „Societé generale" und Cattier von der Ueberseebank, ferner der frühere Minister Theunis und der sozialistische Direktor der Arbeiterbank angehören sollen.

Frankenfälscher Bethlen.

In der Montagsverhandlung des Fälschungsprozesses nannte der Angeklagte Privatsekretär des Prinzen Windischgraetz, Raba, ausdrücklich den Ministerpräsidenten Bethlen als Mitschuldigen. Er erklärte, Prinz Windischgraetz habe ihm mitgeteilt, daß auch der Graf Teleki an den Fälschungen beteiligt sei und auch höhere Personen an der Aktion teilnehmen. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden sagt er, Windischgraetz habe ausdrücklich gesagt, Graf Teleki nehme an der Aktion nur teil, weil auch der Graf Bethlen davon wisse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192605 11-12/fragment/page=0002

Der Pfarrer von Borkum.

Der Beleidigungsprozeß des antisemitischen Borkumer Pfarrers Münchmeyer gegen den Verfasser der Streitschrift „Der falsche Priester oder der Kannibalenhäuptling auf der Nordseeinsel" hat den völkischen Sittenapostel schon in den ersten Verhandlungstagen aufs schwerste kompromittiert. Die Zeugenaufnahme erbrachte bis jetzt den schlüssigen Beweis, daß Pfarrer Münchmeyer neben seinen durch die vorausgegangenen Prozesse erwiesenen sexuellen „Freiheiten" über eine gute Dosis Lügenhaftigkeit verfügt. So war die Glaubwürdigkeit Münchmeyers im Laufe der ersten beiden Verhandlungstage derartig erschüttert worden, daß der **Rechtsanwalt des Beklagten feststellte, er hätte schon längst die Verhaftung Münchmeyers wegen Meineids beantragt, wenn der Nebenkläger für seine Aussagen als Zeuge bereits vereidigt worden wäre.**

Es ist durch Zeugenbeweis weiter festgestellt worden, daß Münchmeyer neben dem Abenteuer mit der jungen Dame „mit der Narbe" noch die Gewohnheit besaß, hinter Dienstmädchen herzulaufen, sie anzusprechen und sich als Großkaufmann oder in anderer Form vorzustellen. Münchmeyer bestreitet nach wie vor, eine seiner Bekanntschaften geküßt zu haben, er gibt lediglich zu, „die Lippen der Betreffenden berührt zu haben". Ueber die Skrupellosigkeit dieses „Seelenhirten" in seinem politischen und seinem persönlichen Kampfe berichten u. a. Emdener Zeugen noch recht merkwürdige Dinge. So soll Münchmeyer in einer Versammlung einem Teilnehmer, der die Reichsfarben im Knopfloch trug, zugerufen haben: „Dieser Rock **muß Ihnen noch am Körper brennen!" Und ein amtliches** Schriftstück der Untersuchung gegen sich selbst aus dem verschlossenen Schreibtisch eines Oberlandjägers zu erhalten, hat Münchmeyer, wie die Beweisaufnahme ergab, die Frau des Oberlandjägers mit allen Mitteln zu erpressen versucht.

Im Laufe des dritten Verhandlungstages stellte die Verteidigung auf Grund des § 189 der Strafprozeßordnung **Widerklage wegen Beleidigung gegen Münchmeyer.** Die Erregung gegen den völkischen Seelenhirten auf Borkum ist unterdessen so gestiegen, daß, wie einer der Zeugen mitteilte, **ein Borkumer Einwohner Pfarrer Münchmeyer einen derartigen Schlag ins Gesicht versetzte, daß mehrere Zähne aufs Pflaster flogen.** Der Prozeß dürfte noch etwa eine Woche in Anspruch nehmen.

Schneefälle in Tirol.

Rom, 11. Mai. (WTB.)

Die „Tribuna" berichtet aus Trient: Die Berge um Trient **herum sind mit Neuschnee bedeckt.** In den Gebirgsorten ist **die Temperatur auf Null Grad gesunken.** Verschiedene Erdrutsche **sind infolge starken Regenwetters zu verzeichnen.** Opfer an **Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.** Im oberen Vintschgau **wurde ein starker Erdstoß** in wellenförmiger Richtung von fünf Sekunden Dauer verspürt. Der Erdstoß erfolgte gegen 3 Uhr **morgens, worauf die Schneefälle einsetzten,** die bis zum folgenden **Mittag anhielten, so daß die Schneedecke 25 Zentimeter hoch ist.**

Heute Start Amundsens?

Oslo, 11. Mai. (WTB.)

„Norges Handels-og Sjøfartstidende" erhielt folgendes Telegramm **aus Tromsö: Das hiesige geophysische Institut hat von Amundsen den Auftrag erhalten,** von heute früh an alle **Wetternachrichten** von nordnorwegischen und nordrussischen **Stationen zu senden. Dies dürfte auf einen Start am heutigen Tag hindeuten.** Das Wetter ist andauernd **ausgezeichnet auf Spitzbergen.**

Unter einstürzenden Dächern begraben.

Duisburg, 11. Mai. (WTB.)

Von der Verwaltung der Hütte Phönix wird mitgeteilt: Gestern vormittag gegen 9½ Uhr stürzten plötzlich von der Fein- und Schnellwalzstraße, die nebeneinander liegen, die Dächer ein. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden. **Die Zahl der Toten beträgt sicher drei sowie zwei schwer und zwölf leicht Verletzte.** Sämtliche von dem Unglück betroffene **Personen sind geborgen.**

Duisburg, 11. Mai. (WTB.)

Zu dem Unglück auf der Hütte Phönix wird noch berichtet: Die Hallen, deren Dach einstürzte, sind je 250 Meter lang und 24 Meter breit. Kurz nach Beginn der Arbeit löste sich plötzlich an der Schmalseite des aus Eisen und Beton konstruierten Daches die Bedeckung, riß die ganze übrige Konstruktion mit sich und **begrub sämtliche in der Halle anwesenden Arbeiter.** Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort begonnen. **Drei Arbeiter wurden, wie gemeldet, tot geborgen, der vierte starb auf dem Transport zum Krankenhause.**

Schwerer Unfall beim Pferderennen. Bei den Rennveranstaltungen in Hollenstedt bei Harburg ereignete sich gestern ein tödlicher Unfall. Beim Nehmen einer Hürde stürzte im letzten Rennen der bekannte Herrenreiter Rittmeister Eberhard von der Kavallerieschule Hannover; **Reiter und Pferd wurden getötet.** In demselben Rennen ereignete sich noch ein Sturz, bei dem der Reiter mit leichteren Verletzungen davonkam.

Drei Personen durch Leuchtgas vergiftet. Aus Frankfurt a. O. wird gemeldet: In den frühen Morgenstunden wurden Bewohner eines Hauses in der Wildenbruchstraße auf den starken Gasgeruch aufmerksam, der aus einer Kellerwohnung drang. Beim Oeffnen der Wohnung wurden **drei Personen bewußtlos aufgefunden.** Die sofort eingeleiteten Wiederbelebungsversuche hatten nur bei einem jungen Mädchen Erfolg. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

Motorbootunglück. Aus Danzig wird gemeldet: Ein Motorbootunglück ereignete sich gestern vormittag in der Nähe von Bohnsack. Durch eine verkehrte Wendung schlug das einer hiesigen Mineralwasserfabrik gehörende Motorboot voll Wasser und **sank in wenigen Minuten. Von den beiden Insassen konnte nur einer gerettet werden.**

Eine Ueberschwemmungskatastrophe, die 37 Dörfer mit 3000 Häusern im Wolgatal unter Wasser setzte, wird aus Nischni-nowgorod gemeldet. 20 Brücken sind bis jetzt von dem über seine Ufer getretenen Strom fortgeschwemmt worden. Die Zahl der Verluste an Menschenleben steht bisher noch nicht fest; man befürchtet jedoch, daß Hunderte von Menschenleben zu beklagen sind.

Beim Gewehrreinigen tödlich verunglückt ist der Fleischermeister Rudolf in Leipzig. Ein versehentlich im Lauf steckengebliebener Schuß entlud sich und drang Rudolf ins Herz, so daß er tot zusammenbrach.

Der „König der Taschendiebe", Samuel Shaw, ist am Sonntag von der Neuyorker Polizei auf der Neuyorker Untergrundbahn verhaftet worden. Die Villa, die Shaw in Neuyork besitzt, soll einen Wert von mehr als 100 000 Dollar haben.

Der Kaufmann Hugo Geilenbrügge war vom Schwurgericht Osnabrück im Februar wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. **Der Angeklagte, der bereits wegen Totschlag vorbestraft ist,** hat am 15. Dezember 1925 einen Bankbeamten in Osnabrück bei einer Geldforderung, die er nicht bewilligt bekam, von hinten erschossen und ihm die Brieftasche geraubt. Der Strafsenat des Reichsgerichts verwarf die Revision und bestätigte das Todesurteil.

Der Mörder der Gräfin La...

ist auch am Montag von der Berliner Polizei nicht ... **worden, obwohl umfangreiche Polizeistreifen in der** ... **Reichshauptstadt ausgeführt wurden und eine genaue Beschr...** des Mörders rechtzeitig an die Bevölkerung hinausgegeben wo... ist. Wie inzwischen festgestellt wurde, sind der Gräfin verschied... Schmuckstücke geraubt worden. Der Mörder nahm ihr e... goldene Armbandkettenuhr, an der die arabische Ziffer 12 re... angezeigt ist, vom Handgelenk. Das Armband war mit einer un... das ganze Gelenk gehenden Sicherheitskette versehen. An... barem Gelde sind dem Mörder höchstens 2 bis 3 Mark in die Hände gefallen.

Im Kutister-Prozeß

wurde am Montag die lähmende Langeweile der zur Alltäglichkeit gewordenen Debatten über Bank- und Börsenfragen durch erregte Auseinandersetzungen zwischen dem Büchersachverständigen Lachmann und dem als Zeugen vernommenen Konkursverwalter Schuster unterbrochen. Es handelt sich hier um eine recht dunkle Angelegenheit. Der Sachverständige Lachmann hatte in der Steinbank eine ganze Reihe von Büchern vermißt. Nachforschungen ergaben, daß sie an eine Altpapierhandlung in der Müllerstraße verkauft worden waren. Dort fand sie Lachmann und beschlagnahmte sie. Es handelte sich um mehrere Zentner Bücher, darunter sehr wichtige Belege aus den Jahren 1923/25. Der „Konkursverwalter" versuchte vergebens durch ein Bündel von Ausreden diese blamable Tatsache aus der Welt zu schaffen. Etwas Leben in den Prozeß brachte weiter die Vernehmung der Schwester Michael Holzmanns, einer jungen eleganten Dame, die ihre russisch gesprochenen Aussagen durch einen Dolmetscher übersetzen ließ, und durch die Vernehmung des ehemaligen Oberregierungsrates von der Staatsbank Hellwig, jetzt Syndikus von Beruf. Herr Hellwig kann sich sehr schlecht auf Vorgänge im Jahre 1924 erinnern — kurz und gut, er weiß von nichts.

Ein schwerer Raubmordversuch wurde am Sonntag zwischen Liebertwolkwitz und Sternthal bei Leipzig von dem Stallschweizer Rudolf Wächter auf den Milchhändler Stawiki verübt. **Der Täter, der den Milchhändler mit der Pistole niederstreckte und ausraubte, entfloh.**

Hinrichtungen wegen Valutaspekulation werden neuerdings in Sowjetrußland vorgenommen. So wurden in Moskau auf Beschluß des mit besonderen Vollmachten zur Bekämpfung von Amtsverbrechen ausgestatteten Exekutivkomitees drei höhere Beamte der Valutaabteilung des Finanzkommissariats erschossen. Sie standen **an der Spitz einer Gruppe von Börsenspekulanten,** die durch Herbeiführung einer gesteigerten Nachfrage nach Auslandsvaluta auf die Senkung der Staatspapiere spekulierten. **Fünf weitere Angeklagte des Finanzkommissariats wurden zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.**

Mustapha Kemal läßt sich malen. Wieder einmal bricht der Lenker der modernen Türkei mit der Ueberlieferung der Vorfahren. Kein türkischer Sultan hat sich je von einem fremden Künstler malen lassen; der Ghazi, dem erst kürzlich ein Wiener Bildhauer eine Bronzestatue geschaffen hat, hat nunmehr dem amerikanischen Maler M Clargett Wilson Auftrag zu einem Porträt erteilt. Der Künstler hat sich bereits nach Angora eingeschifft. Auch der neue Schah von Persien, Riza Khan, hat den Wunsch geäußert, Mr. Wilson einige Sitzungen zu gewähren und ein Porträt zu erhalten.

Der „Pflanzenzauberer von Santa Rosa" wurde allgemein der amerikanische Gartenkünstler und Pflanzenzüchter Luther Burbank genannt, der in diesen Tagen im 77. Lebensjahre gestorben ist. Auf seiner berühmten Pflanzenfarm in Santa Rosa in Kalifornien sind ihm die erstaunlichsten züchterischen Wunderwerke gelungen, so z. B. die Züchtung von Steinobst ohne Steinen, von stachellosen Kakteen, die als Viehfutter geeignet waren usw. Natürlich vermochte er auch der Blumenwelt die phantastischsten Farben und Formen abzugewinnen und viele Pflanzen in einer Zeit zum Blühen und Reifen zu bringen, in der sie früher noch nicht einmal Keime angesetzt hatten.

Zu Himmelfahrt

hochaparte Neuheiten zu enorm billigen Preisen

Damenkonfektion

Jumpers aus Musseline imit., große Ausmusterung Stück	1,25
Blusenhemden aus gestreift. Zephyr, offen u. geschlossen zu tragen Stück	2,50
Kleider aus Waschmusseline, hübsche Form . Stück	2,95
Mäntel aus Covercoat, hübsche jugendl. Form Stück	7,75

Damen-Hüte

Damenhüte Glockenform, m. Band- u. Blumengarnitur Stück	1,75
Damenhüte Liseretglocke m. Band- u. Blumengarnitur Stück	3 50
Damenhüte aus Fantasiegeflecht, flotte Form . . Stück	4,75
Frauenhüte aus gutem Geflecht, sehr kleidsam . Stück	6,95

Kinder-Hüte

Glocken aus Bastgeflecht, mit Band und Pompon garniert . . . . . Stück	1,75
Glocken aus Bastgeflecht mit Bandgarnitur . Stück	2,75
Bortenhütchen niedliche Form mit Bandgarnitur . . . Stück	3,25
Liseretnütchen apart garniert . . . . . Stück	4,50

Kinderkonfektion

Spielanzüge aus haltbarem Zephyr . . . . . Stück	0,78
Babykleidchen aus Zephyr u. Musseline, bestickt, Gr. 40 Stück	1,15
Knabenblusen dunkel gestreift, waschecht, Gr. 0 . Stück	1,90
Mädchenkleider aus pa. Zephyr, in vielen Farb., Gr 60 Stück	3,25

Krawatten

Selbstbinder moderne Muster . . . . . Stück	0 55
Selbstbinder Foulardine . . . . . Stück	0,75
Selbstbinder aparte Karos . . . . . Stück	1,45
Selbstbinder Foulardine, reine Seide . . . . . Stück	1,75

Leibwäsche

Damenhemden mit Trägern und Hohlsaum . . . . . Stück	0,75
Damenhemden mit Trägern und Hohlsaum, bestickt . Stück	1,45
Damenhemden Achselschluß, mit Stickerei . . . . . Stück	1,65
Damenbeinkleider gestickt und mit Hohlsaum . . . . . Stück	1,35

Strümpfe

Damenstrümpfe gewebt . . . . . Paar	0,18
Damenstrümpfe Spitze und Ferse verstärkt . . . . . Paar	0,45
Herren-Socken grau . . . . . Paar	0,33
Herren-Socken bunt . . . . . Paar	0,35

Weißwaren

Bubikragen aus Ripsa . . . . . Stück	0,28
Bubikragen aus Batist, mit Valenciennespitze . . . Stück	0,45
Spachtelkragen ecru . . . . . Stück	0,75
Westen aus ecru Volle, mit Valenciennespitze Stück	1,45

Herren-Artikel

Stehumlegekragen weich . . . . . Stück	0,25
Gummihosenträger mit Lederstrippen . . . . . Paar	0,45
Sporthemden aus hellfarbig. Zephir für Wanderzwecke Stück	3,65
Oberhemden aus gestreiftem Perkal, mit Kragen . . Stück	3,75

J. LEWIN

Halle an der Saale — Marktplatz 2 u. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0003

Sport und Spiel.

Die Mitteldeutsche Handballmeisterschaft.

Kaum acht Tage trennen uns noch von den Spielen um die Meisterschaft in Mitteldeutschland, wo die vorletzte Entscheidung innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fallen soll. Da die Kreismeister am 9. Mai endgültig festgestellt sind, lohnt es sich, heute etwas näher auf die Mannschaften einzugehen. Die Kämpfe beginnen am 16. Mai vormittags 8 Uhr im Stadion in Halle. Als erstes Spiel war vorgesehen Kassel gegen Leipzig-Gohlis. Da Kassel abgesagt hat und keine Mannschaft spielfrei sein darf, so spielen um 8 Uhr Leipzig-Gohlis (4. Kreis) gegen Fichte (Halle) ein Spiel außer Konkurrenz. Leipzig-Gohlis ist Bundes- und Olympiademeister. Fichte (Halle) verlor am 2. Mai unverdient die Meisterschaft vom 2. Kreis. Die Spielstärke wird jedem Spieler bekannt sein, konnte doch Fichte erst vor nicht allzu langer Zeit Leipzig-Gohlis 2:1 schlagen. Das Spiel wird trotz Konkurrenzlosigkeit seine Anziehungskraft nicht verfehlen, da die Einheimischen die letzte Niederlage in Schönebeck wieder wettzumachen versuchen. Um 9 Uhr spielen Gebichenstein Sportlerinnen (Meister des 2. Kreises) gegen Viktoria 06 (Leipzig) (4. Kreis). Nach dem überzeugenden Siege Gebichensteins über den vorjährigen Kreismeister Magdeburg-Sudenburg dürfen die Leipzigerinnen nicht zu unterschätzen gewesen haben. Um 10 Uhr hat der neue Kreismeister des 2. Kreises, Magdeburg-Fermersleben, den ebenfalls neuen Meister des 5. Kreises, Freie Turner Zeitz, als Gegner. Hier sind die Aussichten beider Gegner völlig gleich, der größere Spieleifer wird ausschlaggebend sein. Wir hoffen jedoch, daß Fermersleben wenigstens in der Spielweise unseren Kreis würdig vertritt. Als letztes Spiel am Vormittag spielen die Sportlerinnen Frien (Altenburg) (Meister des 5. Kreises) gegen Kröllwitz-Sportlerinnen wieder außer Konkurrenz. Sind die Vormittagsspiele gleich den Endspielen nachmittags zu bewerten, so werden doch die Mittelbildungsspiele den größeren Zuzug haben. Es spielen 1/2 3 Uhr die Sportlerinnen Friesen (Altenburg) gegen den Sieger vom 2. Spiel, 1/4 4 Uhr Leipzig-Gohlis gegen den Sieger vom dritten Spiel.

Der Vorverkauf zu diesen Spielen hat bereits begonnen. Die Eintrittspreise sind vormittags: Erwachsene 30 Pf., Jugend und Erwerbslose 15 Pf.; nachmittags dasselbe. Tageskarte im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 60 Pf., Jugend und Erwerbslose 30 Pf. Karten sind zu haben bei allen handballspielenden Vereinen, sowie bei W. Körner, Merseburger Straße 53 und A. Moslebach, Große Brunnenstraße 43.

Da sich am 16. Mai die besten Mannschaften Mitteldeutschlands vom Arbeiter-Turn- und Sportbund in Halle ein Stelldichein geben, so dürfte die hallische Arbeiterschaft nicht schlecht beisetze stehen und es wird wieder mit einem Massenbesuch zu rechnen sein. Also, auf zum Stadion am 16. Mai! Ba.

Berichterstatter-Zentrale

Amtlich.

Berichterstattung am 16. Mai im Stadion: Vormittag: Spiel 1 und 2 hat Ronneburg (Adler), Spiel 3 und 4 Merting (Wörmlitz). Nachmittag: Spiel 1 hat Gebhardt (Othello), Spiel 2 Friedrich (Giebichenstein). Jeder Bericht muß verzeichnet sein und ist nach Schluß eines jeden Spieles sofort an den Obmann der Zentrale abzugeben. Die angesetzten Berichterstatter haben pünktlich zu ihren Spielen anwesend zu sein. Der Ausweis ist mitzubringen!

J. A.: F. Pabst.

Aus dem Reiche

Das Vorrundenspiel um die Fußball-Bundesmeisterschaft. Das Spiel des Arbeiter-Turn- und Sportbundes endete mit einer großen Ueberraschung. Der süddeutsche Meister Nürnberg-Schweinau, dem allgemein der Sieg angesprochen war, unterlag am Sonntag in Nürnberg dem ostdeutschen Meister Forst-Süd mit 0:2, Halbzeit 0:1.

Houben erneut geschlagen. Der deutsch. Kurzstreckenläufer Houben erlitt am Sonntag in Wien in Gegenwart ungarischer und tschechoslowakischer Leichtathleten mehrere Niederlagen. Der Krefelder Klubkamerad und Schüler Houbens, Schüler, schlug seinen Meister über 100 Meter in 11 Sekunden um 2 Meter und gewann auch die 200-Meter-Strecke in 22,1 Sekunden. Auch im Revanchekampf blieb Schüler über 100 Meter Sieger in der hervorragenden Zeit von 10,8 Sekunden.

Den deutschen Damenschwimmrekord im Freistil über 100 Meter holte sich am Sonntag Frl. Lehmann (Dresden) in Leipzig in der Zeit von 1:17,7 zurück. Am vergangenen Sonntag war ihre bisherige Rekordzeit von 1:19,3 auf 1:19 gedrückt worden.

Der Boxkampf zwischen dem deutschen Mittelgewichtsmeister Heinz Domgörgen und dem Franzosen Rouquet, der am Sonntag auf der Radrennbahn zu Marseille ausgetragen wurde, endete nach einem technisch hochwertigen Kampf, bei dem sich die beiden Gegner nahezu ebenbürtig zeigten, unentschieden.

Der Fußballänderkampf Schweiz — Italien, der am Sonntag in Genua ausgetragen wurde, endete mit 3:2 (3:0) für Italien.

Rundfunk-Programme

Leipzig (Welle 452).

Mittwoch: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Kindernachmittag. 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkbastelstunde. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsbericht. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Witkowski: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters". 7.30 bis 9.30 Uhr: Karl-Hauptmann-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. 10 Uhr: Funktanzer. Anschließend bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Mittwoch: 3 bis 3.30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4.30 Uhr: Geh. Rat Prof. Dr. Siewert: „Malerei von heute". 4.30 bis 5 Uhr: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5 bis 5.30 Uhr: A. von Gierke: „Erholungsfürsorge". 8.30 bis 10 Uhr: Heitere Dialoge und Duette.

Verantwortlich für Politik Wirtschaft u. Feuilleton: H. O. H. Schulz; für lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kaparet; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertsa; sämtlich in Halle. — Verlag „Volksblatt" G. m. b. H.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Hora 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Aus dem Bezirk.

Merseburg. **Arbeiterwohlfahrt.** Mittwoch, den 12. Mai, abends 8 Uhr: Nähstunde. Da Wäschegut fertigzumachen ist, bitte um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Annendorf. **Frauengruppe.** Mittwoch, 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Elsterital": Versammlung. Zum Vortrag gelangt: „Die Gefahr der Prüderie". Genossinnen sorgt für guten Besuch. Freunde uns Bekannte sind herzlich eingeladen.

Falkenberg. Wir machen nochmals unsere Parteigenossen sowie deren Frauen auf die Mittwoch, abend 8 Uhr, im „Kaiserhof" stattfindende wichtige Mitgliederversammlung aufmerksam. Also nicht Freitag, sondern Mittwoch, den 12. Mai. Da das diesjährige Parteifest auf der Tagesordnung steht, erwarten wir, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Merseburg. Des Himmelfahrtstages wegen findet die Mitgliederversammlung erst am Donnerstag, dem 20. Mai, abends 8 Uhr, im „Tivoli" statt.

Greppin. Donnerstag, den 13. Mai: Allgemeiner Familien-Ausflug. Versammeln morgens 8 Uhr bei Gräneberg. Alle Parteigenossen mit Familien sind eingeladen.

Bitterfeld. Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrt), abends 8 Uhr, im Lokal „Bürgergarten", Schießhausstraße 10: Versammlung. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist dringend notwendig. Auch sind unsere Volksblattleser herzlich dazu eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Merseburg. Abmarsch zu unserem Familienausflug am Himmelfahrtstage nach Döllnitz vormittags 7 Uhr von Damm.

Sonstige Vereine

Am Donnerstag, dem 13. Mai, Unterbezirkstreffen in Dürrenberg. Treffpunkt 6 Uhr am Riebeckplatz.

Walhalla

Abends 8 Uhr. Tel. 8885

Letzte 5 Tage:

Der fröhliche Weinberg!

Der größte Theatererfolg dieser Spielzeit!

Bisher über

1000 Aufführungen!

Tageskasse ab 11 Uhr.

3126

In der Versammlung kann man seh'n den Müller auf dem Podium steh'n. Er sprüht von hochpolitischen Witzen: er zückt von Sparsin Geistesblitzen. Erstaunen packt die Leute rings: dem fast das Herz vom „Sodom Ferlo".

Girozentrale — Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen u. Anhalt

(Oeffentliche Bankanstalt)

Bilanz per 31. Dezember 1925

Aktiva	Reichsmark		Passiva	Reichsmark	
1. Noch nicht eingezahltes Betriebskapital	2 378 263	36	1. Betriebskapital	5 000 000	—
2. Kasse und Zinsscheine	729 871	41	2. Sicherheitsrücklage	2 813 685	58
3. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken	611 378	17	3. Hypotheken (Grundstück Halle)	18 750	—
4. Wechsel, Schecks und unverzinsliche Schatzanweisungen:			4. Guthaben der Noten- und Abrechnungsbanken, öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und sonstigen Banken	3 884 167	04
a) unverzinsliche Schatzanweisungen	1 303 234,91		5. Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
b) Wechsel u. Schecks	8 320 461 83	9 623 696	74	a) innerhalb 7 Tag fällig 16 455 661,82	
5. Guthaben bei:				b) darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 15 754 497,55	
a) Staatsbanken u. öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten	888 408 80			c) später als 3 Monate fällig 5 792 942,52	38 003 101 89
b) sonstigen Banken	3 473 166,02	4 361 574	82	6. Langfristige Anleihen	1 —
6. Darlehen gegen Unterpfand	483 135	43		7. 4% Mitteldeutsche Kommunal-Anleihe	1 —
7. Eigene Wertpapiere	136 913	70		8. Reingewinn	565 672 32
8. Außenstände in laufender Rechnung:				9. Aval-Creditoren	8 400,—
a) bei Sparkassen	2 387 579,60				
b) bei Kommunalverwaltungen	2 409 560 75				
c) Sonstige	3 409 465 50	8 206 605	85		
9. Darlehen mit festen Laufzeiten	21 183 707	35			
10. Langfristige Darlehen	1	—			
11. Dauernde Beteiligungen	1 570 230	—			
12. Gebäude: Grundstücke der Hauptanstalt Magdeburg und deren Zweiganstalten Halle, Erfurt und Nordhausen	1 000 000	—			
13. Einrichtung	1	—			
14. Aval-Debitoren	8 400,—				
	50 285 378	83		50 285 378	83

Gewinn- u. Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1925

Soll	Reichsmark		Haben	Reichsmark	
Geschäfts- und Verwaltungskosten	991 451	15	Gewinn:		
Steuern	76 935	03	an Zinsen und Provisionen	1 781 957	11
Abschreibungen:			an Wertpapieren, Dokumenten usw.	17 679	81
auf Grundstücke	116 505,37				
auf Inventar	49 073 05	165 578	42		
Reingewinn	565 672	32			
	1 799 636	92		1 799 636	92

Magdeburg, den 19. April 1926.

Girozentrale — Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt

(Oeffentliche Bankanstalt)

Die Direktion. Hartmann. Schmidt. Meyen. Polte.

Stadt-Theater.

Dienstag 8 Uhr: Heimliche Brautfahrt

Mittwoch: Keine Vorstellung

Donnerstag 7½ Uhr: Grüne Matilda.

Freitag 7 Uhr: Palestrina

m Kammersänger Karl Erb (Palestrina und Kammersängerin Maria Zwoglin (Sabino)

Hermanns-eck

bei Querfurt

Herrlich im Walde gelegen, empfiehlt sich allen Ausflüglern 3022

Franz Otto: Querfurt

Hallischer Hausfrauenbund e. V. Berufsorganisation der Hallischen Hausfrauen.

Werbetag

für die Verwendung von **Milch, Kartoffeln und Roggenmehl** im Haushalt. **Mittwoch, den 12. Mai 1926,** nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr in der Aula der Taubstummen-Anstalt: „Nach kurzen Ausführungsvorträgen Verteilung von **Kostproben** verschiedenster Art. Kleines Eßgefäß und Löffel mitbringen! Eintritt frei! **Kinder** dürfen **nicht** mitgebracht werden.

3017 **Der Vorstand.**

Nur kurze Zeit: 5- u. 6-Pfg-Zigarren Schweiz Stumpf 3½ ₰ 250 g Gold-Shag 60 ₰ **Walt. König Gr. Klausstr. 27**

Enorme Auswahl Chaiselongues Mk. 34,— 44,— 51,— 53,— etc. **Bett-Chaiselongues** Zahlungserleichterungen. Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten **Bruno Paris** Kl. Ulrichstr. 2, Eing. Kanzleigasse 2 Minuten vom Markt. 3027

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Alle Drucksachen Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Gute Reklame durch inserieren im „Volksblatt" bringt **Gute Geschäfte**

Für Dreher! Ermittlung der Wechselräder für alle Gewinde **ohne zu rechnen** Preis 1,00 Mark. Zu beziehen durch: **Volksblatt-Buchhandlung Halle** Gr. Ulrichstraße 27 **Bitterfelder Volksbuchhandlung** Bitterfeld, Steinstraße 3.

Volks-Badewannen von Mk. 20,00 an G. Brose, Gr. Sandberg 8 Delitzscher Straße 75.

Familien-Nachrichten

Nachruf.

Am 4. Mai verschied nach längerem Leiden der Gemeindevorsteher

Reinhold Kunze

Seit 1910 gehörte der Verstorbene der Gemeindevertretung an, welche ihm 1919 das Amt des Gemeindevorstehers übertrug. Sein einfach schlichtes Wesen, sowie seine stete Hilfsbereitschaft für jedermann sichern ihm ein dankbares Gedenken auch über das Grab hinaus.

Ziegelrode, den 8. Mai 1926.

Der Gemeindevorstand. **Die Gemeindevertretung.**

I. A.: Kunze. 2028

Wintergarten

(Spiegelsaal), Magdeburger Str. 66

Ab Sonntag, den 9. Mai, bis Sonntag, den 16. Mai, täglich abends 8 Uhr, Einlaß 7 Uhr, nachmittags auch 3 Uhr:

Sensations-Gastspiel der **Zauberschau Vandredi** mit Gesellschaft, verbunden mit Konzert. Orientalische und ägyptische Magie Spiritistische Experimente Somnambulismus 3024

? Vilja ? Geheimnisvolle Hellseherin

Zersägen einer lebenden Dame

Kaffee, Kuchen, Zigaretten, Bonbon, Wein, Blumen werden hervorgezaubert und verschenkt.

Eintrittspreise: 60 Pfg. bis 4 Mk.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung eines neuen Bebauungsplanes und der zugehörigen Höhenpläne für das von der Delitzscher, Freiimfelder, Berliner Straße und Werderstraße sowie von den Gemarkungen Diemitz und Büschdorf umschlossene Stadtgebiet. 3019

Halle, den 3. Mai 1926.

Der Magistrat.

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für die Südwestseite der Cröllwitzer Straße und die anschließende Brückenrampe. 3020

Halle, den 7. Mai 1926.

Der Magistrat.

Delitzsch

Standesamt für Sterbefälle am Himmelfahrtstage und 2. Pfingstfeiertage von 11 bis 11½ Uhr geöffnet. 3021

Magistrat Delitzsch.

Rössen

Die **Impfung der Kinder** der Siedlung des Ammoniakwerkes in Rössen und Göhlitzsch sowie der Barackenstadt Leunaweiße findet am 12. Mai ab nachm. 2 Uhr für die erstimpfpflichtigen Knaben u. Mädchen und ab 3 Uhr für die wiederimpfpflichtigen Knaben und Mädchen im Lehrerzimmer der Siedlungsschule in Rössen statt.

Die Eltern bezw. Pfleger impfpflichtiger Kinder werden hiermit aufgefordert, die Kinder an diesem Tage vorzustellen.

Rössen, den 6. Mai 1926.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.

Cornely. 2979

Im Turnklub „Frohsinn" kann man seh'n nur Leute, die 'nen Spaß verstehn. Der Müller war nicht Mitglied nämlich: er war den andern viel zu gräulich. Seitdem er Wichblatt-Abonnent, ist er der Reihe ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Mai 1926.

Parteinachrichten.

Ortsverein Halle.

Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr im „Volkspark" (Kartellzimmer):

Funktionärsitzung.

Tagesordnung: Ergänzung der Stadtverordnetenfraktion. — Sämtliche Parteifunktionäre müssen erscheinen. **Der Vorstand.**

Die drei gestrengen Herren.

Die Erforschung der Kälterückfälle im Mai.

„Vor Servaz kein Sommer, nach Servaz kein Frost," so behauptet eine alte Bauernregel, deren auch die heutigen Volkskalender noch mehr als genug enthalten. Servatius ist der Heilige des 13. Mai. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß diese Bauernregel sehr häufig nicht zutrifft; denn oft genug zeichnet sich schon die erste Hälfte des Mai durch recht hohe Wärme aus, ohne daß die zweite Hälfte besonders kalt wäre, ebenso kommen nach dem 13. Mai noch sehr niedrige Temperaturen, zuweilen sogar Nachtfröste vor. Es geht eben damit, wie mit den meisten solcher Volkssprüchlein: sie harmonieren nur zeitweise mit der Wirklichkeit. Pankratius, Servatius und Bonifatius bilden die Gruppe der „drei gestrengen Herren", „drei Eisheiligen" oder „drei Eismänner". Wie tief sich der unliebsame Witterungscharakter dieser Tage dem Volksbewußtsein eingeprägt hat, geht auch aus dem anderen Spruch hervor:

Eh' herein Servatius bricht,
Bist du gefeit vor Nachtfrost nicht.

Ein derart eingewurzelter Glaube mußte endlich die exakte Wissenschaft herausfordern, den Wert oder Unwert dieser Wetterregel einmal festzustellen. Kein Geringerer als der berühmte Meteorologe C. Dove unterzog sich Mitte vorigen Jahrhunderts dieser Arbeit, und zwar mit einer Gründlichkeit, die noch heute die Bewunderung jedes Fachmannes erregen muß. An einem geradezu erdrückenden Zahlenmaterial wies er nach, daß die drei kalten Tage gegen Mitte Mai in langjährigen Mittelwerten der Temperatur nicht deutlich hervortreten, daß aber zeitlich wechselnde Temperaturdepressionen vorhanden sind. Indessen, der Grundsatz „Zahlen beweisen" ist keineswegs überall gültig, vor allem nicht bei der Verwendung von Mittelwerten, die gerade in der Meteorologie üblich ist und auch in Doves Arbeit überall die Grundlage bildet. Mittelwerte, besonders solche aus mehreren Tagen, verwischen naturgemäß das wahre Verhalten; wir dürfen uns daher nicht darüber wundern, daß Doves Ergebnis so unbefriedigend ausfiel.

Aus fast allen Untersuchungen über die Maikälte geht mit Sicherheit hervor, daß um die Mitte des Monats tatsächlich eine Temperatur-Depression eintritt, die sich sogar in langjährigen Tagesmitteln hervorhebt, aber an gewisse mehrjährige Perioden geknüpft ist. In dem letztgenannten Umstande liegt der Grund, aus dem das Vorhandsein des typischen Mai-Kälterückfalles so vielfach in Abrede gestellt worden ist. Der Kälterückfall ist also nicht immer an die Tage um Mitte Mai gebunden, obwohl er die Daten des 11. bis 15. bevorzugt; er kann, wie in diesem Jahre, auch früher und später eintreten. Außerdem handelt es sich gewöhnlich nicht nur um einen Temperatursturz, sondern häufig um mehrere, bis zu sechs, in diesem Monat. Ferner gehen den Mai-Kälterückfällen schon in den Vormonaten solche voran, und eine noch stärkere Temperatur-Depression folgt ihnen im Juni, doch kann es bei dieser wegen der schon zu hohen Mitteltemperatur nicht mehr zu Frosterscheinungen kommen.

Unmittelbare Ursache der Mais-Kälterückfälle ist die herrschende Luftdruckverteilung in der Atmosphäre. Man hat durch Beobachtungen festgestellt, daß den Kälterückfällen immer eine größere Wärme vorausgeht, die sich manchmal sogar zu sommerlicher Schwüle steigert, und daß besonders im Südosten von Europa höhere Temperaturen vorhanden sind, die die Luftdruckverteilung derart beeinflussen, daß in Deutschland eine starke Wärmeabnahme eintritt. Ein Kälterückfall findet überhaupt nur dann statt, wenn im Westen (auf dem Ozean) hoher und im Osten von Europa niedriger Luftdruck besteht; ist diese Luftdruckverteilung nicht vorhanden, so bleibt auch der Kälterückfall aus. Sobald nun bei niedrigem Barometerstand im südöstlichen Europa eine kräftige Erwärmung vor sich geht und im nordwestlichen Europa hoher Barometerstand sich zeigt, wehen nach dem Buys-Ballotschen Gesetz über Mitteleuropa (Deutschland) nördliche und nordwestliche Winde, die uns Kälte bringen. Jene Winde nämlich kommen über den Atlantischen Ozean, nachdem sie die Küsten Grönlands und Labradors bestrichen haben, und besitzen deshalb eine so niedrige Temperatur, weil ihren Luftmassen im Polargebiet durch das von der Frühlingssonne losgelöste und auf einem Riesengebiete von Zehntausenden von Quadratkilometern schmelzende Eis sehr viel Wärme entzogen worden ist. Abgesehen von der Kälte bringen uns jene Winde aber auch trockene Luft, wodurch die Wolkenbildung verhindert und eine starke Wärmeausstrahlung des Bodens während der Nacht bedingt wird. Daher kommt es, daß bei bewölktem Himmel entweder kein, oder doch nur ein der Vegetation ungefährlicher Kälterückfall eintritt. Die Temperaturverteilung der Kälteperiode ist übrigens, wie Bergsell nachgewiesen hat, nicht auf die untersten Luftschichten beschränkt, sondern erstreckt sich bis in große Höhen der Atmosphäre, sie ist das Charakteristikum eines mächtigen Luftwirbels, der mindestens in 10 Kilometer Höhe beginnt, wahrscheinlich aber noch viel höheren Ursprungs ist.

Lassen diese Tatsachen das Wesen der Kälterückfälle im Mai schon in deutlicherem Lichte erscheinen, so wissen wir doch noch nichts von der primären Ursache des sie bedingenden ausgebreiteten Luftdruckwirbels. Dem Landmann und Gärtner, denen die gestrengen Herren oft schweren Schaden an ihrer Ernte zufügen, und die in vielen Gegenden, vor allem in den Alpentälern, durch künstliche Rauchentwicklung mit Hilfe von Rauchfeuern und Rauchfackeln die Gefahr abzuwenden suchen, bleibt wenigstens der eine Trost:

Ist der Mai kühl und naß,
Füllt sich dem Bauern Scheune und Faß.

A. St.

Verlängerung der Antragsfrist für abgefundene Militärrentenempfänger.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen für die einmalige Entschädigung derjenigen Empfänger von Militärrenten, die im Jahre 1923 durch die dritte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz abgefunden wurden, oder die nach diesem Zeitpunkt aus der Rentenversorgung ausgeschieden sind, weil ihre Erwerbsminderung unter 25 Prozent gesunken ist, läuft am 31. Mai 1926 endgültig ab. Die Frist war eigentlich schon am 28. Februar verstrichen. Das Reichsarbeitsministerium hat sich aber mit einer Verlängerung bis 31. Mai d. J. einverstanden erklärt. Eine nochmalige Verlängerung der Antragsfrist ist jedoch ausgeschlossen. Der Antrag auf diese Entschädigung ist von dem aus der Rentenversorgung ausgeschiedenen Kriegsbeschädigten — ausgenommen hiervon sind alle vor 1923 als damalige Rentenempfänger ausgeschiedenen Personen — nunmehr sofort durch die nächstgelegene Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten oder der Ortsbezirksfürsorgestelle an das zuständige Versorgungsamt zu stellen.

Halles Haushaltsplan.

Fortgang der Etatsberatung. / Sozialdemokratische Erfolge für die Arbeiterorganisationen.

Nach einer „Generaldebatte", in der außer von dem sozialdemokratischen Redner nichts Grundsätzliches über kommunalpolitische oder kommunalwirtschaftliche Probleme gesagt worden war, begann in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten die Beratung der Einzeletats. Nach der gründlichen Vorarbeit in den Ausschüssen beschränkten sich die Redner, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen der Fraktionen, auf eine möglichst kurze Begründung der eigenen Anträge oder die Präzisierung der Stellungnahme zu den Forderungen der anderen Fraktionen. Soweit überhaupt debattiert wurde, handelte es sich um eine Wiederholung der Ausschußdebatten mit dem Erfolge, daß die Haushaltpläne, wie sie der Magistrat eingebracht hatte, endgültig festgestellt wurden. Nur beim Kapitel Allgemeine Verwaltung wurde von allen Seiten der Versuch unternommen, allerlei Anträgen zur Annahme zu verhelfen. Schließlich wurde auch dieses Etatskapitel ruhig und sachlich erledigt. Die Beratung hätte noch wesentlich abgekürzt werden können, wenn die Kommunisten nicht den Drang verspürt hätten, ihre im Haushaltsausschuß bekundete Untätigkeit durch Stellung zahlloser Streichungs- und Abänderungsanträge im Plenum ein wenig zu verdecken. Es war den „einzigen Vertretern der hallischen Arbeiterschaft" nicht so recht wohl, als sie sahen, wie die sozialdemokratische Fraktion durch ihr taktisch äußerst geschicktes Vorgehen einen Erfolg nach dem anderen einheimsen konnte.

Stadtverordnetenvorsteher Busse,

der in der ersten Zeit seiner Amtstätigkeit alles andere denn besondere Talente zur Leitung der Geschäfte des hallischen Stadtverordnetenkollegiums entwickelte, zeigte gestern, daß seine Anwesenheit im Provinziallandtag, wo bekanntlich der Sozialdemokrat Beims als Verhandlungsleiter sich die allgemeine Achtung errungen hat, von wohltätigem Einfluß gewesen ist. Er hat, das sei hierdurch ausdrücklich festgestellt, außerdem gestern zum ersten Male während seiner Amtszeit mit seiner gewichtigen Stimme zugunsten eines sozialdemokratischen Antrages, also gegen den Bürgerblock, entschieden.

Bei der Beratung des Etats für die Hochbauverwaltung teilte der Berichterstatter mit, daß die zuständigen Ausschüsse beschlossen hätten, den Magistrat um Einbringung einer Vorlage auf baldige Errichtung von drei neuen Bedürfnisanstalten in verschiedenen Teilen der Stadt zu ersuchen. Damit ist einem von unserer Fraktion mehrfach vorgebrachten Wunsche Rechnung getragen. Ein kommunistischer Redner wiederholte die von uns dauernd vertretene Forderung nach eigener Regie, damit es nicht vorkomme, daß trotz Vorhandenseins von Tausenden von Arbeitslosen auf einzelnen städtischen Bauten Ueberstunden gemacht würden. Der Etat selbst wurde darauf genehmigt mit der Maßgabe, daß die gegenseitige Uebertragbarkeit einzelner Etatspositionen eingeschränkt wird. Der Antrag auf Errichtung der Bedürfnisanstalten fand ebenfalls einstimmige Annahme. Nach widerspruchsloser Genehmigung des Tiefbauetats kam der

Polizeietat

an die Reihe. Mangels überzeugender Gründe für die Ablehnung dieses Etats wärmte der Kommunist die betlagenswerten Vorgänge vom März 1924 im „Volkspark" wieder auf, um seiner Entrüstung über „die Bestie Pietzker" zum Ausdruck zu bringen. Er behauptete dann weiter, daß sich nicht nur die Offiziere, sondern auch die unteren Sipobeamten „wie wilde Horden" auf wehrlose Straßenpassanten stürzten.

Das Kapitel „Polizeiverwaltung" wurde gegen die kommunistischen Stimmen der Tschechisten erledigt. — Das Kollegium wandte sich dann der Beratung des sehr wichtigen Kapitels

Betriebsverwaltung

zu. Die Abschnitte Arbeiterlöhne, Schlachthof, Viehhof und Fleischverkaufshalle wurden ohne Debatte und ohne Widerspruch erledigt.

Beim Kapitel Badeanstalten sprach der kommunistische Fraktionsredner nach dem Manuskript, das sonst immer Herr Kürbs benutzte. Der Norden der Stadt sei noch immer ohne Flußbad. Genossin Becker legte dar, daß der Zuschuß von 3000 Mk. für das Freibad zu niedrig sei, und bemängelte, daß die Ausführung der Bauarbeiten des neuen Volksbades einem Privatunternehmer übertragen worden sei. Da in der Deputation dazu keine Gelegenheit geboten worden war, brachte die Rednerin noch eine ganze Reihe von Mängeln zur Sprache, die im Volksbad bestehen, und hat zu erwägen, die medizinischen Bäder aus dem Schwimmbad nach Wittekind zu verlegen und die so frei werdenden Räume der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen. Dem Fonds zur Errichtung eines zweiten Schwimmbades müßten weit höhere Beträge überwiesen werden, da sonst wieder 20 Jahre vergehen würden, bis das Bad entstünde. — Stadtv. Kolz (Komm.) bemängelte merkwürdigerweise, daß der Etat für das Bad Wittekind mit einem Ueberschuß abschließt. Dieser Etat, ebenso der für den Fuhrpark, die Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Gartenverwaltung und Feuerwehr fanden die widerspruchslose Billigung des Kollegiums.

Beim Kapitel Friedhöfe entdeckte der Kommunist Weber, daß für diejenigen, die die Friedhöfe in Anspruch nehmen, eine gewisse Notlage bestünde und eine Staffelung der Gebühren am Platze sei. Mit den Stimmen der Linken und Völkischen wurde ein entsprechender Antrag angenommen.

Den Kirchenetat lehnte die sozialdemokratische Fraktion aus prinzipiellen Gründen ab. Genosse Schaumburg bezeichnete die Kirche als eine private Einrichtung, die sich überhaupt schämen müsse, Mittel der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen. Auch wenn gewisse Geistliche es unterließen, die Kanzel zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, müsse die Fraktion diesen Etat ablehnen. Für den Etat stimmte die bürgerliche Mehrheit, für den des Leihamtes das gesamte Kollegium. Damit waren diejenigen Etats, die im Haushaltungsausschuß vorberaten worden waren, genehmigt und Stadtv. Finger konnte über das wichtige Kapitel

Allgemeine Verwaltung

berichten. Was er dazu ausführte, war, wie gewohnt, am Berichterstattertisch nicht vernehmbar.

Genosse Schaumburg vertrat in längeren Ausführungen eine ganze Reihe von Anträgen, die der Haushaltsausschuß versäummelt oder abgelehnt hatte. Es handelt sich dabei um Zuwendungen für das Arbeitersportkartell, die Arbeitersamariter, den Turnverein „Fichte" und die beiden Arbeitergesangvereine. Nach längerer Debatte, in der es einige Male zu heiteren Zwischenfällen kam, wurde zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag der Linken auf sozialere Gestaltung des Wohnungsgeldzuschusses wurde angenommen, ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Gruppen 1 bis 4 gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Abgelehnt wurde auch die Forderung auf Streichung des Beitrages der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden. Dem Erholungsheim Bocksmiese wurden wie dem Beamtenerholungsheim Eulingswiese je 2000 Mk. bewilligt. Der Arbeitersängerchor, der Freie Sängerchor und der Sängerbund an der Saale sollen eine Zuwendung von je 500 Mk. erhalten, das Arbeitersportkartell eine solche von 1500 Mk. Alle diese Anträge verdanken ihre Annahme der sozialdemokratischen Initiative und sind geeignet, fördernd zu wirken, während die Kommunisten sich darauf beschränkten, ein wüstes Streichkonzert zu veranstalten, ohne sich dabei zu überlegen, daß sie der Sache schaden und sich obendrein noch lächerlich machen. Von den zahlreichen Abstimmungen interessiert insbesondere noch die über den Antrag des Magistrats, den Stadtschulinspektor künftig Magistratsschulrat zu titulieren. Kommunisten und Völkische, sowohl wie zahlreiche Enthaltungen verhalfen dem Antrage zur Ablehnung.

Damit war das für die Etatsberatung vorgesehene Pensum aufgearbeitet, und die Versammlung sollte zu einem von der SPD. in Gemeinschaft mit den Kommunisten eingebrachten

Dringlichkeitsantrage

Stellung nehmen. Der Antrag der beiden Fraktionen lautet:

„Am Montag, dem 3. Mai, wurde in der Stadtverordnetensitzung beschlossen, den landwirtschaftlichen Arbeiterinnen auf den städtischen Gütern bei achtstündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 2 Mark unter Weiterlieferung des Deputats zu gewähren. Am heutigen Tage, dem 10. Mai, tagte in der Lohntarifangelegenheit der Schlichtungsausschuß in Halle. Die Magistratsvertreter erklärten, entgegen der Auffassung des Vorsitzenden Prof. Jörges, daß sie **nicht gewillt sind, mit dem Staats- und Gemeindearbeiterverband einen Tarif abzuschließen.** Die Meinung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses geht dahin: Da die überagroße Mehrheit aller Beschäftigten im Staats- und Gemeindearbeiterverband organisiert ist, müsse der Tarif mit demselben abgeschlossen werden. Als sich die Vertreter des Magistrats weiterhin ablehnend verhielten, setzte der Vorsitzende, Prof. Jörges, fest, daß innerhalb 8 Tagen die Verhandlungen erledigt sein müßten, andernfalls er von Amts wegen die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vornehmen würde. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

„Die Magistratsvertreter werden ersucht, mit dem Staats- und Gemeindearbeiterverband für die Arbeiter der städtischen Güter einen Tarif abzuschließen."

Die bürgerliche Mehrheit widersprach der dringlichen Behandlung dieses Antrages, weshalb er erst in der nächsten Sitzung zur Beratung gelangt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem kommunistischen Antrage, der fordert, daß den Notstandsarbeitern der Lohn nach dem Tarif für das Tiefbaugewerbe gezahlt werde. Beide Anträge wurden dem Sozialen Ausschuß überwiesen.

In der nächsten Sitzung werden noch zwei weitere Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Behandlung kommen, die eine Ermäßigung der Tarife der städtischen Werke und die sofortige Aufhebung des Nachtzuschlages bei der Straßenbahn erstreben.

Was wird mit der Heide?

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde u. a. ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, wegen Ankaufs der Heide mit dem Staate Verhandlungen einzuleiten, verhandelt. Der Vertreter des Antrags bezeichnete es als eine Unterlassungssünde, daß die Stadtverwaltung nicht schon früher von selbst geeignete Maßnahmen ergriffen habe. Herr Oberbürgermeister Rive wehrte nehmen ergriffen habe. Herr Oberbürgermeister Rive wehrte sich gegen diesen Angriff. Nicht der Magistrat, sondern das **frühere Stadtverordnetenkollegium habe sich gegen den Ankauf der Heide entschieden.** Schon seit 1906 (also zu jener Zeit, als der alleinherrschende berüchmte hallische Kommunalfreisinn über die fünf Sozialdemokraten einen unerhörten Teror ausübte) habe er sich bemüht, der bürgerlichen Mehrheit begreiflich zu machen, daß es im Interesse der hallischen Bevölkerung läge, die Heide zu kaufen. Man habe kein Verständnis gezeigt. Als dann endlich ein zustimmender Beschluß gefaßt worden sei, verloren sich die Verhandlungen mit dem Fiskus ins uferlose. Die Angebote waren zu hoch. Dann kam der Krieg und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Jetzt kämen die bürgerlichen Herren und klagen den Magistrat an. Raubbau würde an dem Baumbestand der Heide getrieben. Man glaube in einen amerikanischen Urwald mit Blockhäuschen usw. zu kommen; so habe sich das Bild der Heide verändert. Die Gesetze des Baumschutzes würden vom Staat umgangen, die seien nur für die anderen da. Der Magistrat werde versuchen, auf schnellstem Wege in Verhandlungen wegen des Ankaufs der Heide zu kommen.

Die Herren der Rechten behaupten noch manchen Vorwurf zu hören wegen ihrer jeden Fortschritt hemmenden Politik, die seit Jahren im Stadthause geübt wird. Dies veranlaßt Herrn Hoe, zu einer persönlichen Bemerkung, in der er das Stadtoberhaupt bat, nicht immer die Vergangenheit hervorzuholen, da sie, die jetzigen Vertreter des Bürgerblocks, nicht mehr so kurzsichtig seien.

Diese Erklärung löste großes Erstaunen auf seiten der Linken aus, denn von weitschauender und fortschrittlicher Politik war bisher von dieser Seite wenig zu spüren. Freudig begrüßt wird jedenfalls auch unsererseits, wenn ein neuer Geist ins Stadtparlament einzieht. Wenn bloß nicht das Versprechenhalten so schwer würde. Der Antrag selbst fand schließlich einstimmige Annahme.

Mandatsniederlegung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung brachte der Vorsteher ein Schreiben des Stadtv. Petersdorff (SPD.) zur Verlesung, in dem dieser mitteilt, daß er sein Stadtverordnetenmandat wegen Fortzugs niederlege. Eine morgen, Mittwoch, im „Volkspark" stattfindende Funktionärsitzung wird über den Mandatsnachfolger entscheiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0005

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende neuere Entscheidungen des Kammergerichts in Aufwertungsfragen bekannt:

Die freie Aufwertung einer im Kaufvertrage abgetretenen Kaufgeldforderung wird durch § 11 des Aufwertungsgesetzes ausgeschlossen (8. 3. 1926; 9. Aw. III. 10/26).

Die Aufwertungsstelle hat im Anmeldungsverfahren den Eigentümer zu ermitteln. Wird der Eigentümer in der Anmeldung namhaft gemacht, so hat sie festzustellen, ob der angegebene auch der richtige Eigentümer ist (8. 3. 26; 9. Aw. III. 42/26).

Es ist nicht die Aufgabe der Aufwertung, Inflationsgewinne wieder herzustellen (Ankauf eines Grundstückes in der vorgeschrittenen Inflationszeit und Verkauf kurze Zeit darauf in der Inflationszeit) (8. 3. 1926; 9. Aw. III. 53/26).

Die Aufwertungsbeschränkung des § 10, Abs. 8 des AwG. für Ansprüche aus Gutsüberlassungsverträgen gilt nicht für die in solchen Verträgen zugewendeten vorbeschiedenen Vatererbteile oder Abfindung für Geschwister des Unternehmers. Solche Ansprüche beruhen auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung unter künftigen Miterben oder unter Eltern und Kindern im Sinne des § 10, Abs. 1, Z. 2 für die die Aufwertungsbeschränkung des § 10 Abs. 3 nicht gilt (8. 3. 1926; 9. Aw. III. 71/26).

Der gegenwärtige Grundstückswert darf weder bei Inflationsforderungen noch bei Forderungen aus der Vorinflationszeit als Aufwertungsmaßstab außer acht gelassen werden (18. 3. 1926; 9. Aw. III. 58/26).

Ein Vertrag, durch den der Ehemann einer Miterbin das Nachlaßgrundstück übernimmt, ist eine Auseinandersetzung im Sinne des § 10, Abs. 1, Z. 2, AwG (18. 3. 1926; 9. Aw. III. 50/26).

Der das Verfahren aussehende Beschluß der Aufwertungsstelle ist als eine Sachentscheidung im Sinne des § 74, Abs. 1 mit der sofortigen Beschwerde anzufechten.

Die Auszahlung der Zusagrenten für Kriegerhinterbliebene für den Monat Mai erfolgt nur gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim Jugendamt für die Buchstaben: A bis H am Freitag, dem 14. Mai, J bis Q am Sonnabend, dem 15. Mai, R bis Z am Montag, dem 17. Mai, in der Zeit von 8½ bis 12 Uhr vormittags. Die Auszahlung für die Buchstaben A bis D und M, S, Sch und St erfolgt wie bisher in der Kasse des Jugendamtes, Zimmer 126, die anderen Buchstaben werden von jetzt an Rathausstraße 3, Erdgeschoß, Steuererhebezimmer, gezahlt. Die Zahlung der Zusagrenten für Kriegsbeschädigte erfolgt wie bisher beim Fürsorgeamt, Zimmer 23, in der gleichen Zeit, und zwar für die Buchstaben A bis K am Freitag, dem 14., und für die Buchstaben L bis Z am Sonnabend, dem 15. Mai.

Ausgrabung französischer Kriegerleichen in Halle. Eine französische Gräber-Ausgrabungskommission ist von Koblenz aus hier eingetroffen. Unter ihrer Anordnung werden die Leichen von 17 Franzosen und 7 Elsässern, die während des Weltkrieges auf dem Gertraudenfriedhof beigesetzt worden sind, ausgegraben und nach Frankreich übergeführt. Die Arbeiten sollen bis zum 12. Mai beendigt sein.

Abwanderung in unsere Wagenklassen. Wie die Eisenbahnverwaltung bekannt gibt, benutzten von der Gesamtzahl der beförderten Personen auf deutschen Eisenbahnen im Jahre 1913 50,29 Prozent die vierte Wagenklasse, 42,23 Prozent die dritte, 7,35 Prozent die zweite und nur 0,13 Prozent die erste Klasse. Dieses Verhältnis hat sich seitdem fortgesetzt zugunsten der untersten Klasse verschoben; denn 1922 benutzten sie 55,49 Prozent, 1924 56,13 Prozent und 1925 61,84 Prozent. Sogar die Benutzung der dritten Klasse geht fortgesetzt zurück, und zwar 1922 auf 37,41, 1924 auf 37,05, 1925 auf 32,81 Prozent. In der zweiten Klasse war der Rückgang in diesen Jahren auf 7,04, 6,79 und 5,31 Prozent, in der ersten auf 0,06, 0,03 und 0,04 Prozent gefallen. In denselben Jahren waren die Einnahmen an Personengeld aus den verschiedenen Wagenklassen schwankend; sie betrugen aus der vierten Klasse 36,22, 43,80 und 45,62 Prozent, aus der dritten Klasse 40,80, 40,87 und 39,21 Prozent, aus der zweiten Klasse 1910, 14,47 und 13,69 Prozent, aus der ersten Klasse 8,88, 1,36 und 1,48 Prozent.

Der Fallstrick. Gestern vormittag fuhr in der Reilstraße ein Radfahrer gegen ein Seil, welches wegen Ausbesserungsarbeiten zur Sperrung des Radfahrerweges quer über denselben gespannt war. Der Radfahrer kam zu Fall. Er konnte jedoch wieder aufstehen ohne Schaden genommen zu haben.

Windeln als Brandlöscher. Die Feuerwehr wurde gestern nach der Saalschloßbrauerei alarmiert, woselbst in einem Nebengelaß Tücher, welche zum Trocknen über ein Ofenrohr gehängt waren, in Brand geraten waren. Die Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Tödlicher Unfall auf der Saalenjagd. Der Chauffeur Alfred Hoffmann, Seffauer Straße 14, musste die Jagd auf Sperlinge mit dem Leben bezahlen. Die Teschingflinte war zu früh losgegangen, und der Schuß war dem Unglücklichen in den Bauch gedrungen. Trotz der sofortigen Einlieferung in die Klinik konnte der Schütze nicht mehr gerettet werden. Er starb am Sonntagabend.

Der Halleische Hausfrauenbund e. V. veranstaltet am Mittwoch, dem 12. Mai einen Vortrag für gesunde Kost, der insbesondere die Vorteile der Nahrungsbereitung aus einheimischen Produkten dartun soll. Zum Vortrag Verteilung von Kostproben und Rezeptbüchlein sollen die Hausfrauen auf die vielfache Verwendungsmöglichkeit der Milch und der Kartoffel hingewiesen werden. Die weitere Propaganda soll das Roggenbrot wieder zum allgemeinen Volksbrote machen und der Einfuhr von Auslandsweizen entgegenwirken. Die holländischen Konsulenten sind zu der Veranstaltung, die in der Talamtschule Kattfinder, und zu der der Eintritt frei sein wird, eingeladen. (Näheres ist aus dem heutigen Inserat zu ersehen).

Volkspark. Heute abend ½8 Uhr findet das erste große Symphoniekonzert statt. Herr Kapellmeister Schüpe hat die Leitung des 40 Mann starken Orchesters übernommen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Neuanmeldungen werden an der Abendkasse entgegengenommen. Die Abonnementskarten werden ebenfalls an der Kasse ausgegeben. Wegen der kühlen Witterung findet dieses Konzert im großen Saal statt.

Könnern. Die Stadtverordnetenversammlung der vergangenen Woche wurde durch eine Ueberraschung eingeleitet: Der Herr Bürgermeister saß auf seinem Platz! Er ergriff denn auch gleich zu Beginn der Sitzung das Wort, um — nach seiner Gewohnheit — mit vielen Worten nichts zu sagen. Er verteidigte seinen Etat so gut er konnte und versuchte sich sogar in einigen Hieben auf das „Volksblatt", die naturgemäß dieses Mal und für alle Zeit jede Wirkung verfehlen. Unser Fraktionsredner bemängelte am Etat, daß, wie schon in den Jahren zuvor, für die Jugendpflege nichts getan werde. Für den längst beschlossenen Bau des Jugendheimes sei kein Betrag im Etat vorgesehen. Auch die Beihilfen für unbemittelte Schüler der Mittelschule seien durchaus unzureichend, ganz zu geschweigen der unhaltbaren Zustände in der Jugendherbergsfrage. Auf die Einzelberatung des Etats kommen wir noch zurück. Er balancierte mit 292 000 Mark. Der Voranschlag hatte 351 000 Mark vorgesehen. Die Verabschiedung des Haushaltsplanes erfolgte einstimmig. Zum Reichsstädtetag in Königsberg wurde der Genosse Schlüter delegiert trotz des heftigen Sträubens der Rechten, die im Prinzip gegen eine Beschickung des Städtetages war. Zur Wohnungskommission werden die vom Mieterverein in Vorschlag gebrachten Mitglieder einberufen werden, nachdem einige Mitglieder der Rechnungskommission sich weigerten, die Verantwortung für die vom Wohnungsamt geübte Sabotage weiter zu tragen. Um den Streit zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wegen der Wassergebührenordnung beizulegen, wurde eine Kommission gewählt, die noch einmal auf dem Wege der Verhandlung eine Einigung herbeizuführen versuchen soll. Die Sitzung war von Anfang bis zum Schluß von größter Sachlichkeit getragen, was bei dem sonst so aufgeregten Wesen des Bürgermeisters schon etwas heißen will. Wir wollen hoffen, daß dieser Zustand der Sachlichkeit bei den Verhandlungen nunmehr der bleibende sein wird.

Aus dem Geschäftsleben.

Die Firma Hermann Brodtbuhr, Kapellengasse 4, die sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer großen Fleisch- und Konservenwurstfabrik entwickelt hat, feierte am 1. April d. J. ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum. U. a. wurde die Firma auf der Sachausstellung für das Hotel- und Nahrungsgewerbe in Bern mit der goldenen Medaille ausgezeichnet, ein schöner Beweis für die Entwicklung des Unternehmens.

Aus der Provinz.

An die Ortsvereine.

Berichtskarten einsenden!

Wir erinnern die Ortsvereine nochmals an die Einsendung des Berichts über den Ausfall der Roten Werbewoche. Bis zum 15. Mai müssen alle Berichte eingesandt sein.

Bezirksvorstand der SPD.

Die Kreditpolitik der Girozentrale.

In dem Jahresbericht der Girozentrale, den Herr Generaldirektor Hartmann auf der Tagung des Sparkassen- und Giroverbandes in Kösen vortrug, erscheint uns die von der Girozentrale geübte Kreditpolitik interessant genug, um heute noch einmal darauf einzugehen. Herr Hartmann führte in seinem Bericht aus, daß die Zentrale auch im Jahre 1925 ihre wichtigste Aufgabe darin gesehen habe, den Kommunalen Kredit zu befriedigen. Aus eigenen Mitteln sind im Berichtsjahre an 284 Kommunalverbände vorübergehende und kurzfristige Kredite im Betrage von 17,52 Millionen Mark und an 13 Kommunalverbände langfristige Kredite im Betrage von 1,02 Millionen Mark gegeben worden. Außerdem sind aus der Auslandsanleihe 5,21, aus der deutschen Kommunal-Inlandsanleihe 2,59, ferner Ueberziehungskredite im Betrage von 2,95 Millionen und weiter vorübergehende Kredite im Betrage von 9,16 Millionen Mark ausgegeben worden. Der Betrag der Wechseldiskontkredite stellt sich auf 10,14 Millionen Mark. Der Reingewinn betrug 565 672 Mk. Interessant ist es auch, festzustellen, daß sich die Gesamtunkosten der Girozentrale einschließlich Steuern auf 59 Prozent des Bruttogewinnes belaufen, während dieser Posten im Durchschnitt der Unkosten bei den 7 D-Banken im Jahre 1913 43 Prozent der Einnahmen, in den Jahren 1924 und 1925 je 85 Prozent betrug. Die Girozentrale Magdeburg hat auch von den übrigen Girozentralen weitaus am günstigsten gearbeitet.

Auch aus dem Referat des Geheimen Regierungsrats Dr. Kleiner ging die Bedeutung, die die öffentlichen Sparkassen heute als Kreditgeber besitzen, hervor. Nach einer kurzen Betrachtung der Wirtschaftskrise führte Herr Dr. Kleiner aus: „Gegenüber anderen Geldinstituten, deren Geldflüssigkeit durch hohe Auslandsauthaben und durch die aus der Furcht vor der Wirtschaftskrise nicht anderweitig verwerteten Mittel hervorgerufen ist, können die Sparkassen schon heute in weitestgehendem Maße den Ausgleich fördern. Bei ihnen bleibt die Einlagenbewegung erfreulicherweise konstant, und es handelt sich jetzt wieder mehr wie früher um eigentliche Spargelder, die eine langfristige Anlage gestatten. Tatsächlich haben auch die Sparkassen schon in weitem Umfange die Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige vorgenommen. Bei der Neuanlage werden besonders langfristige Darlehnsgesuche bevorzugt. Aus den Zweimonatsbilanzen der Sparkassen per Ultimo 1925 ergibt sich, daß ungefähr 20 Proz. der Spareinlagen wieder in Hypotheken angelegt worden sind. Bei vielen Sparkassen sind bereits 30 bis 40 Prozent in Hypotheken angelegt worden. Einzelne Sparkassen in Baden haben sogar 60 Prozent ausgeführt. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß der Vorkriegsstand von ungefähr 40 Prozent Hypothekenanlage in absehbarer Zeit wieder erreicht sein dürfte, wenn die Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Fortschritte macht.

In zweiter Linie ist von besonderer Bedeutung die gleichmäßige Kreditversorgung der Wirtschaft. In dieser Hinsicht zeigen die Abschlüsse der größeren Privatbanken, daß auch nach der Stabilisierung von ihnen das Kreditbedürfnis der Großindustrie und des Großhandels bevorzugt werde. Eine ähnliche Geschäftspolitik lassen auch die meisten Hypothekenbanken für 1925 erkennen. Diese einseitige Entwicklung verlangt vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft eine Korrektur. Die notwendige Ergänzung der Großbankpolitik bringt neben den Genossenschaften die Kreditpolitik der Sparkassen, die bewußten Kleinkredit an den erwerbstätigen Mittelstand fördern. Industriekredite und Großkredite sind bei den Sparkassen fast gänzlich abgetan worden und werden jetzt überhaupt abgelehnt. Kleinkredite dagegen, das heißt Kredite bis zu 1000 Mk., machen noch einer neuesten Statistik etwa 60 Prozent aller Kreditfälle aus.

Mit der Kreditgewährung allein aber ist es noch nicht getan. Die Sparkassen müssen auch mit allen Mitteln die Landwirte, das Kleingewerbe und die Handwerker zu einer rationellen Kredit- und Geldwirtschaft erziehen. Es muß vor allem vermieden werden, daß Schulden leichtfertig aufgenommen werden, wodurch die Selbständigkeit dieser Gewerbe gefährdet wird.

Wenn die Sparkassen ihre gemeinnützige Kreditpolitik in ausreichendem Maße durchführen wollen, dann müssen sie dafür sorgen, daß ihnen die Mittel weiter reichlich zufließen. In dieser Hinsicht zwingt die Belebung des Anlagemarktes und die daraus folgende Konkurrenz für den Sparverkehr zu einer Ueberprüfung der bisherigen Zinspolitik, vor allem der Einlagenzinsen. Während die Privatbanken an einer Verminderung der Habenzinsen das Interesse haben, damit beim Publikum ein verstärkter Anreiz zu Effektenkäufen geschaffen wird, tut die Sparkasse gut, zum Vorkriegsstandpunkt zurückzukehren und bei geringerer Zinsspanne höhere Einlagezinsen als die Privatbanken zu gewähren. Gegenwärtig scheint die Grenze, bis zu der die Einlagezinssätze ermäßigt werden können, ohne daß die Spartätigkeit leidet, schon erreicht.

In verstärktem Maße müssen die Sparkassen auf die andere Einlagequelle, den Giroverkehr, zurückgreifen und ihn fördern, da er auch die Kassengelder der Kommunen in den Dienst der Wirtschaft stellt. Vor allem aber führt der Giroverkehr zur Rationalisierung des Geldverkehrs, die gerade gegenwärtig besonders dringlich erscheint. Was hier geleistet werden kann, zeigen die Erfolge im Freistaat Sachsen, wo schon Ende 1925 280 000 Kommunalgirokonten bestanden. Das bedeutet, daß auf 100 zum Gewerbezeigter angemeldete Betriebe 80 Girokonten kommen.

Auf dem Kapitalmarkt lautet das Programm der Sparkassenorganisationen: **Förderung der kommunalen Finanzwirtschaft.** Die Einheitsanleihe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die von dem sogenannten Preußen-Konsortium aufgelegt wurde, stellt den ersten erfolgreichen Versuch dar, die vor dem Kriege so beliebte Zersplitterung auf dem kommunalen Anleihemarkte zu beseitigen.

Auf die in letzter Zeit von verschiedenen Seiten geübte Kritik an der Anleihewirtschaft der Kommunen ging der Redner ebenfalls kurz ein. Befürchtungen über allzu große Anleihe lufnahme der öffentlichen Körperschaften wären voreilig. Es sei zunächst zwar sicher sehr erfreulich, daß der Auslandsverschuldung Einhalt getan werde, im übrigen handle es sich sehr häufig um reine Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden, also um eine durchaus gesunde Entwicklung. Von einsichtigen Kreisen der Privatwirtschaft werde gern anerkannt, daß die Anleihepolitik die geforderte Erleichterung der Steuerleistungen ermögliche, weil sie die Mittel zur Herstellung und wirtschaftlicheren Ausgestaltung werdender Anlagen nicht aus Steuermaßnahmen hernehme, sondern auf dem ordentlichen Anleihewege verschafte. Es sei an der Zeit, die sachlich unberechtigte Unterscheidung zwischen der Produktivität öffentlicher und privater Betriebe aufzugeben. Eine vorsichtige und sparsame Anleihewirtschaft liege schon wegen der immer noch teuren Bedingungen im ureigensten Interesse der Kommunen selbst."

Sangerhausen. Die „Mifa"-Werke werden stillgelegt. Wie uns jetzt von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden die Mitteldeutschen Fahrradwerke am 31. Mai gänzlich stillgelegt. Dadurch steigert sich die Erwerbslosenzahl im Kreise, wie wir bereits berichteten, um 650. Das sind trübe Aussichten für die Zukunft. Während das Barometer immer mehr steigt, protestieren die Bürgerlichen gegen hohe Kreissteuern, anstatt durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten die Arbeitslosigkeit zu lindern und die Kreissteuern zu ermäßigen. Eine solche vernünftige Politik wurde von unseren Genossen im Kreistag empfohlen. Mit den bürgerlichen Dickschädeln im Sangerhäuser Kreistag ist es aber unmöglich, Vernunftpolitik zu treiben. Sie zahlen lieber hohe Steuern, um dann protestieren zu können. — Das Gerücht, daß auch die Barbarossawerke bald stillgelegt werden sollen, wird durch ein Schreiben der Direktion dieses Betriebes an und dementiert. Die Direktion erklärt, daß sie im Augenblick nicht daran denke, den Betrieb zu schließen, es sei denn, daß sich die Wirtschaftslage erheblich verschlechtert.

Sangerhausen. Praktiken der Kreissparkasse. „Die Kreissparkasse befindet sich in den besten Händen." Das wurde der Oeffentlichkeit in der letzten Zeit wiederholt berichtet. Weiter wurde aber auch gesagt, daß jeder Angriff auf die Person des Leiters der Sparkasse in der Oeffentlichkeit geahndet müsse. Letzteres ist richtig, wenn auch nicht in dem Umfange, wie es von einer gewissen Seite hingestellen versucht wird und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Unter keinen Umständen darf das aber daran hindern, an der Person eines Sparkassendirektors Kritik zu üben, wenn diese angebracht ist. Eine sachliche Kritik wird einem Unternehmen nur nützen. Vielmehr aber wird das Ansehen einer Sparkasse geschädigt, wenn sich der Leiter derselben ganz eigenartiger Praktiken bedient. Letzteres muß bei Herrn Sparkassendirektor Richter als zutreffend angesehen werden. Folgender Fall diene zur Illustration: Ein Einwohner der Stadt Artern erhält von der Kreissparkasse einen Zwischenkredit in Höhe von 3 000 Mark. Herr Richter begibt sich höchstpersönlich nach Artern, um das Geld zu überreichen. Das geschieht natürlich nicht umsonst. Es werden von den 3000 Mark sofort in Abzug gebracht: 2 Prozent = 60 Mark für die Sparkasse und 8 Mark für die „persönlichen Bemühungen" des Herrn Richter. — Wir haben uns bei verschiedenen Kassen erkundigt und überall erfahren, daß man mit solch eigenartigen Methoden nicht vertraut ist. Nicht einmal das Abziehen der 2 Prozent ist bei anderen Sparkassen üblich. Das Abziehen eines Betrages für „persönliche Bemühungen" wurde gar nicht geglaubt und als schlechter Witz bezeichnet. Und doch ist es wahr. Es muß befremdend wirken, daß die Ueberweisung verhältnismäßig kleiner Beträge mit einer persönlichen Reise des Sparkassendirektors verknüpft wird. Man muß annehmen, daß alle ähnlichen Fälle behandelt werden wie dieser. Und dann stellt man sich hin und stöhnt, daß man so überaus viel zu tun habe und bis in die Nacht hinein Ueberstunden machen müsse. Das wirkt offensichtlich wie Theater. — Außerdem ist es unerhört, daß schon außerordentlich teure Geld noch weiter unnütz zu vertuern; Sparkassen sollen doch gemeinnützig wirken. — Diese Richterschen Methoden sind dazu angetan, das Ansehen der Sparkasse zu schädigen. Trotzdem aber bleibt sie dabei: „Die Kreissparkasse befindet sich in den besten Händen."

Friedersdorf. Die Kirche erschwert den Wohnungsbau. Wenn auch die Bautätigkeit in unserer Gemeinde einen ganz guten Fortschritt nimmt und in diesem Jahre schon verschiedene Häuser fertig wurden, in denen sich mehrere Familien einmisten können, ist es nach Aussagen verschiedener Interessenten mit weiteren Bauplänen sehr schlecht bestellt. Erstens sind diese sehr teuer. Könnte da nicht die Gemeinde etwas tun, um die Bautätigkeit zu beleben? Auch sie müßte doch ein großes Interesse daran haben, das Wohnungselend in unserer Gemeinde zu beseitigen. Vielleicht wäre es besser, wenn statt der Kirche die Gemeinde im Besitz von Bauplätzen wäre. Oder würde die Gemeinde ebenfalls für einen Viertelmorgen Bauland einen ganzen Morgen Nutzland (gutes, welches vorher besichtigt wird) verlangen? Die Kirche kümmert sich scheinbar nicht um das Wohnungselend ganzer Familien. Es wäre ja auch eine Sünde, in diesem Punkte menschlich zu handeln. Statt dessen kennzeichnet sie sich selbst als Ausbeuter. Dadurch wird sie sich noch die letzten Sympathien verscherzen.

Eilenburg. Parteiversammlung. Die Mitgliedschaft hörte in der letzten Versammlung ein gutzusammengestelltes Referat des Genossen Lehrer Reinhold Lehmann (Leipzig) über: „Kirche, Staat und Schule." An Hand von amtlich erreichneten Zahlen bewies der Referent, daß zum Beispiel in Bayern pro Kopf der Bevölkerung 3,95 Mark und in Preußen 1,65 Mark der laufenden Einnahmen des Staates in den Schoß der Kirche kamen. Bei den jetzt notwendigen Ersparnissen, die der Staat unternimmt, wurden im Jahre 1925 allein 60 Millionen Mark für Volksbildung gespart, während für die Kirche noch 12 Millionen Mark mehr eingesetzt werden. Für die rund 7 Millionen Turner und Sportler, denen gewiß ein großes Verdienst betr. Volksgesundheit angerechnet werden muß, gibt der Staat nur 12 Pfennig pro Kopf aus. In seinen Schlußausführungen forderte Genosse Lehmann die Anwesenden auf, bei den bevorstehenden Elternbeiratswahlen aufklärend zu wirken. Wegen gemeinsamer Kindgebung mit dem Reichsbanner gegen die Flaggenverordnung soll der Parteivorstand das Nötige in die Wege leiten. Geplant ist der Dienstagabend, da an dem Tage das Reichsbanner seine Mitgliederversammlung festgelegt hat. Zur Konferenz der Arbeiterwohlfahrt am 16. Mai fährt eine Genossin. Die Kosten wurden von der Versammlung bewilligt.

Eilenburg. Arbeitslosenziffer. Nach Veröffentlichungen des Arbeitsamtes zählt unsere Stadt insgesamt 1357 Erwerbslose, und zwar 1020 männliche und 337 weibliche. Außerdem sind 170 Kurzarbeiter vorhanden.

Düben. Immer wieder der Abtreibungs-Paragraph. Während die Angehörigen der besitzenden Klassen schon die Mittel zu finden wissen, wie sie eine Schwangerschaft unterbrechen können, da sie hierzu Geld zur Verfügung haben, finden auf den Proletarier die schärfen, verälteten Vorschriften des Strafgesetzbuches immer wieder Anwendung. So wurde in unserer Gegend jetzt der Wirtschaftsgehilfe Dieke aus Hohenprießnitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt — der Staatsanwalt vier Monate beantragt —, weil er von einem Mädchen mit dem er ein Liebesverhältnis unterhielt, welches nicht ohne Folgen geblieben war, die Beseitigung derselben verlangt hatte, was diese aber nicht tat. Dies war den Behörden angezeigt worden. Bei der Jugend des Angeklagten sah sogar das Gericht den Fall milde an und billigte ihm eine Strafaussetzung von drei Jahren zu, wenn er eine Geldbuße von 300 Mark in monatlichen Raten von 20 Mark entrichte.

Düben. Zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre und sechs Monaten wurde vom Großen Schöffengericht in Torgau der Kreckt Otto Walter aus Niederglaucha bei Düben verurteilt, weil er während eines Vergnügens im benachbarten Schnaditz dem Arbeiter Karl Bresack aus Düben das Fahrrad gestohlen und dann in Leipzig verkauft hatte. Wegen falscher Namensangabe wurde er zu weiteren 6 Wochen verurteilt. Walter ist bereits 15mal vorbestraft, worans sich die harte Strafe erklärt.

Gräfenhainichen. Hurra, ein neuer Verein! „Um einem tiefempfundenen Bedürfnis abzuhelfen", hat sich hier ein sogenannter „nationaler" Bürgerverein gegründet. (Wozu das Wort „national" alles mißbraucht wird!) Ganz im geheimen haben die „Nationalen" ihr Kindlein aus der Taufe gehoben, damit ja nicht die Arbeiter sich am Tauffest beteiligen konnten. Von allzu großer Courage der Bürgerlichen zeugt das nicht. Was Geistes Kind dieser ungefähr fünfzigste Verein unseres Städtchens ist, davon zeugt der „Offene Brief", mit dem er sich an alle Bürger, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, wendet. Es soll gegen den angeblichen Terror der linken Stadtverordnetenmehrheit angekämpft werden, wie er in den letzten Sitzungen zutage getreten sein soll. Es wird eine vorurteilsfreie, gerechte Behandlung aller Anträge verlangt zum Wohle der gesamten Bürgerschaft. O du heilige Einfalt! Das sind dieselben alten Kamellen, mit denen die Arbeiter schon immer auf die Leimruten gelockt wurden. Allgemeinwohl! Was wird mit diesem Wort für Schindluder getrieben! Mit dem Hinweis auf das Allgemeinwohl wird von den Bürgerlichen alles abgelehnt, was irgendwie nach Fortschritt riecht. Wenn für 50 Erwerbslose irgend etwas zur Besserung ihres Loses getan werden soll: ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0006

gelehn, es kommt nicht das Allgemeinwohl, d. h. die Interessen der gesamten Einwohnerschaft in Betracht. Wenn aus den der Stadt zugeflossenen verhältnismäßig erheblichen Geldmitteln für Acker und Waldverkäufe Mittel für Baulustige und Baugenossenschaften bereitgestellt werden sollen, wird das mit allen möglichen Mitteln hinauszuschieben versucht, weil ja doch nicht alle Einwohner Wohnungen brauchen! Wie heißt's im Faust: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten!" Und weil sich die Arbeitermehrheit nicht mehr so mit Worten einlullen läßt, sondern im Laufe der Zeit Planmäßigkeit in ihre kommunale Tätigkeit zu bringen sucht, daher das Geschrei von Terror. Unsere Stadtverordneten werden sich aber dadurch nicht von dem einmal beschrittenen Wege abbringen und durch Redensarten von Allgemeinwohl usw. beirren lassen, sondern sich dessen bewußt bleiben, daß es ihre soziale Pflicht ist, mit allen Mitteln, die der Gemeinde zur Verfügung stehen, dem wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Das Wort ihres Kirchenvorstehers, das jene nur immer im Munde führen, werden sie in die Tat umsetzen: „Was ihr dem Geringsten unter meinen Brüdern tut, das habt ihr mir getan." — Und nun auf zum Kampf! Ihr Helden von nationalen Bürgervereinen! Um den Ausgang ist uns nicht bange, und wenn sich noch mehr Angestellte der Grube Golpa an die Spitze stellen!

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 11. Mai 1926.

Frechheit siegt!

Die Kommunisten beherrschen den Konsumverein infolge Inaktivität der Mitglieder. — Radauszenen in der Generalversammlung.

Die Konsumvereinsgeneralversammlung vom vergangenen Sonntag stand im Zeichen des „Kommunismus". Nachdem der Vorsitzende mit einer Stunde Verspätung die Versammlung eröffnet hatte, wurde auf Antrag der Geschäftsbericht auf der Tagesordnung zurückgestellt und sofort mit den Beratungen des neuen Statuts begonnen. Der vom Konsumverein mit monatlich 350 Mk. für persönlichen Aufwand entschädigte kommunistische Parteiagitator und Vorsitzende des Aufsichtsrats, Koenen, begründete die Vorschläge des Aufsichtsrats zu dem neuen Statut. Daraus ging hervor, daß die Kommunisten mit aller Macht drauf und dran sind, den Konsumverein zu einem kommunistischen Institut auszubauen. Unser Genosse Gelhaar als Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Konsumvereins hatte zu den Anträgen der Kommunisten einige Abänderungsanträge gestellt und begründete dieselben in einer außerordentlich sachlichen Weise. Genosse Undeutsch stellte die Gegensätze und die Absichten der Kommunisten der Versammlung klar vor Augen und gab die Erklärung ab, daß sich die Mitglieder der SPD. geschlossen hinter die Anträge des Vorstands stellen werden. In ganz unflätiger Weise, wie man es nun schon zur Genüge von demselben kennt, trat dann der kommunistische Parteiclown Sämisch den sachlichen Ausführungen unseres Genossen Undeutsch entgegen und wurde mit einem wahren Gebeul und mit Kosenamen für unsere Genossen, wie „Lumpe", „Schufte", „Strolche" usw., von seinen Trabanten unterstützt. Nicht ein Wort der sachlichen Kritik wußte Sämisch gegen die Anträge der SPD. vorzubringen. Seine „Aktion" bestand lediglich darin, die SPD. und den Genossen Undeutsch in der ekelhaftesten Weise zu verunglimpfen. Ein Ekel erfaßte einen großen Teil der Versammlungsteilnehmer, und es war nur der Disziplin unserer Genossen zu verdanken, daß nicht noch mehr aus der Versammlung wegliefen, als das bereits schon geschehen war. Die Anträge der Kommunisten und auch des Vorstands wurden abgelehnt, da keine der beiden Richtungen eine Dreiviertelmehrheit zustande brachte. Trotzdem erklärte Koenen, daß die Anträge der Kommunisten angenommen seien. Der Genosse Kämpf legte sofort gegen die Wahl Protest ein, und nun wird ja der kommunistische Aufsichtsrat Gelegenheit haben, seine „Taktik" vor dem Genossenschaftsrichter zu vertreten. Gleichzeitig wird ja dann auch die Frage der Besoldung Koenens als Aufsichtsratsvorsitzender seine Klärung finden.

Bei der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder wurden die Vertreter der Kommunisten gegen 113 Stimmen der SPD. gewählt. Die Versammlung war nicht in der Lage, die Tagesordnung ordnungsgemäß zu erledigen. Nach den Wahlen der Aufsichtsratsmitglieder verließ der größte Teil der Versammlungsteilnehmer den Saal. Die Kommunisten dachten nunmehr, daß das Feld für sie geräumt sei, und benutzten sie die Gelegenheit, schnell noch die Zustimmung der Versammlung einzuholen für die Anstellung eines Agitationssekretärs. Daß die Kommunisten den Verein nur für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, ging auch aus dem Antrag Scheibner hervor, worin verlangt wird, daß die Genossenschaft einige Delegierte nach Rußland zu Studienzwecken entsenden solle. Auch dieser Antrag fand Annahme durch die Kommunisten.

Zu der Beteiligung an der Versammlung ist zu bemerken, daß sich leider die Mitglieder, welche mit den Machenschaften der Kommunisten nichts zu tun haben wollen, durch die Flegeleien der Kommunisten abhalten lassen, die Versammlungen zu besuchen, worauf es einzig und allein zurückzuführen ist, daß die Kommunisten mit verhältnismäßig wenig Anhängern den ganzen Verein beherrschen. Sollen sich diese Zustände ändern, dann ist es höchste Zeit, daß sich alle Mitglieder mehr als bisher um die Genossenschaft kümmern!

Der Merseburger Volkschor veranstaltete am Sonntag in der Turnhalle der Wilhelmstraße sein erstes diesjähriges Konzert, das in bisher gewohnter Weise wieder ein volles Haus brachte. Die vorgetragenen Männer-, Frauen- und gemischten Chöre zeigten unter der bewährten Leitung des Chormeisters Utecht einen unbedingten Schritt nach vorwärts. Die Konzerte des Volkschors sind stets ein Ereignis für Merseburg, was der Sonntag wieder bewiesen hat. Die Zwischenpausen wurden durch ein Leipziger Waldhorn-Quartett ausgefüllt, das in gleicher Weise präzise Vorträge wie die Arbeitersänger lieferte.

Lützen. Die Elternratswahlen stehen bevor. Die bürgerliche Mehrheit hat es verstanden, ihren Sieg im letzten Jahre auszunutzen. Was pfeifen sie auf Gesetz und Recht, wenn es nicht in ihren Kram paßt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtversammlungen haben nie stattgefunden. Anträgen der Arbeitervertreter auf Abhaltung von Sitzungen, zum Beispiel beim Lehrerabbau usw., ist man nie nachgekommen. Den Elternvertretern ist nie Gelegenheit gegeben worden, sich über den Gesundheitszustand der Kinder auf Grund der schulärztlichen Untersuchungen zu informieren. Der Elternrat ist nur einmal einberufen worden, als es galt, einen der Gesellschaft unliebsam gewordenen Lehrer mit Hilfe der Elternschaft zu entfernen. Der Zweck der Elternräte, die Verbindung zwischen Elternschaft und Schule herzustellen, wurde planmäßig hintertrieben. Sie wollen die alte Schule, die Schule, die den Menschen in Glauben und Gottesfurcht erzieht, wie es in einem ihrer Flugblätter hieß, und da hat kein Mensch oder wenigstens kein Arbeiter etwas dreinzureden. Auch die Lützener Lehrerschaft ist aus demselben Holz, ihr letzter Vorstoß, das Kinderfest an einem Werktag abzuhalten, beweist das zur Genüge. Sie wollen eben mit den Arbeitern nichts zu tun haben, auch nicht beim Kinderfest. Die Machenschaften der bürgerlichen Elternratsmehrheit und der Lehrerschaft im besonderen müßten den schärfsten Protest der gesamten Lützener Einwohnerschaft zur Folge haben. Brecht mit der bisherigen Gleichgültigkeit in bezug auf die Schule! Verhelft am 16. Mai der Elternratsliste der gesamten Lützener Arbeiterschaft zum Siege! Wählt die Liste Schulfortschritt mit den Spitzenkandidaten Habicht-Patzsche! Mittwoch, den 12. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Bürgergarten" eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Arbeiterschaft und Schule" statt. Sorgt für Massenbesuch, schafft Aufklärung, verhelft der Liste Schulfortschritt zum Siege!

Laucha. Stadtverordnetensitzung. Bevor zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen wurde, begrüßte der Vorsteher den neuen Bürgermeister als Teilnehmer der ersten Sitzung. Der Bürgschaftsübernahme eines Darlehens der Landesversicherungsanstalt an die hiesige Baugenossenschaft stimmte die Versammlung nach dem Magistratsbeschluß geschlossen zu und erweiterte diesen Beschluß auf Antrag des Stadtv. Reißner generell für die beiden weiteren Siedlungsbauten in diesem Jahr. Der Abgabe von Siedlungsland zur Errichtung zweier Häuser wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt. Der bereits schon einmal der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Antrag auf Beschlußfassung über Rückzahlungsansprüche an den früheren Bürgermeister Jöricke, lag erneut vor. Nach eingehender Aussprache kam ein Beschluß zustande, gegen Herrn Jöricke ein Disziplinarverfahren einzuleiten, da er als Entschädigung für das Standesamt Gelder unrechtmäßig erhoben hat, die ihm gesetzlich nicht zustanden und auch im Etat nicht bewilligt worden waren. Weiter wurde beschlossen, mit der Erhebung der Zivilklage zu warten, bis entweder das Disziplinarverfahren entschieden oder das vom Reichsstädtebund gestellte Rechtsgutachten eingegangen ist. Wegen Rückzahlung der Vergütung für die Sozietätsgeschäfte wurde beschlossen, diese Angelegenheit ebenfalls durch den Regierungspräsidenten entscheiden zu lassen. (Das waren ja wahrlich auch famose Zustände! D. B.) Ein bereits schon mehrere Sitzungen beschäftigter Antrag unseres Genossen Bilke zwecks Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter um wöchentlich fünf Reichsmark wurde mit acht gegen drei Stimmen der Arbeitervertreter abgelehnt. Bezüglich der Abgabe von Sand aus der städtischen Sandgrube beschloß die Versammlung, ausnahmsweise den jetzt bauenden Siedlern Hesselbarth, Schulze und Kleine weiter Sand bis zur Vollendung ihrer Häuser unentgeltlich abzugeben, dagegen aber die Sandgrube für jeden Privatbedarf zu sperren.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 11. Mai 1926.

Gautreffen des Reichsbanners in Eisleben.

Auf dem politisch heißumstrittenen Boden des Mansfelder Landes, in Eisleben, trafen sich am Sonntag Teile der Kameradschaften des Saalegaues. Vom fortschrittlichen und republikanischen Standpunkt aus betrachtet, gehört das Mansfelder Land zu jenen Bezirken, in denen das Bekenntnis zum republikanischen Staat Mut und Selbstvertrauen erfordert. Wenn dennoch der Republikanische Tag einen so glänzenden Verlauf nahm, ist es um so bemerkenswerter.

Am Sonnabendabend versammelte sich eine stattliche Anzahl von Kameraden, teilweise schon auswärtige Gäste, zu einem eindrucksvollen Zapfenstreich. Vorwiegend berührt wurden die Straßen mit Arbeiterbevölkerung. Zahlreiche Teilnahme der Bevölkerung, illuminierte Häuser und aufleuchtende Rotfeuer bezeichneten den Weg des Zapfenstreichs. Ein Kommers im „Volkshaus" beschloß den Abend.

Das übliche Wecken leitete den Sonntag ein. In den Vormittagsstunden rückten mit klingendem Spiel die auswärtigen Kameradschaften an. Um 1 Uhr formierte sich der Festzug, an dem sich trotz der wirtschaftlich miserablen Verhältnisse eine große Anzahl auswärtiger Kameraden beteiligte. Ueber 1000 Teilnehmer zogen in mustergültiger Ordnung als freie Republikaner (nicht vom Stahlhelm-Kadavergehorsam gebrückt) durch die Straßen, die, umsäumt von zahlreichem Publikum, Kenntnis nahmen von der langsam aber sicher ansteigenden Kraft des Reichsbanners auch in Mansfeld. Inmitten des Zuges die alte Fahne der 48er aus dem Altertumsmuseum. Vom Rathaus wehte die Flagge des Reiches. Ein begrüßenswerter und zur Anerkennung geziemender Akt. Möge auch im Stadtparlament bald wieder ein Geist, der dem Reichsgedanken huldigt, einziehen und den Modergeruch des monarchistischen Klüngels verwehen.

Nach dem Festzug, dem die Bevölkerung auf seinem Marsche Blumengrüße darbrachte und oftmals sinnig geschmückte Häuser und Straßen vorfand (Welkerstraße), folgte der Festakt auf dem Wiesenplatze. Die im Festzug mitgeführten 40 Fahnen umschlossen das Rednerpult in prächtigem Farbenspiel.

Der Vorsitzende, Kamerad Müller, begrüßte die Festteilnehmer mit dem Hinweis auf die politische Lage im Mansfeldschen (die wir an dieser Stelle schon öfter gebührend skizzierten). Den reaktionären Bestrebungen setzte das Reichsbanner einen Damm entgegen. Aus eigenen Mitteln muß das Reichsbanner seine Veranstaltungen treffen. (Man beachte im Gegensatz dazu folgendes: In Eisleben gibt es an die 1000 Stahlhelmerche. Nach Heitsfeld zum „Frontsoldatentag" zogen trotz Subventionen (Fahrgeld und Diäten) kaum 100 Männlein, also kaum der zehnte Teil, und nun mache man sich einen Begriff vom „Stahlhelmgeist". D. Ber.)

Als Vertreter des Magistrats begrüßte Kamerad Stadtrat Winkler die Versammelten, den Wunsch nach einem größeren freien deutschen Vaterland Ausdruck gebend mit der Betonung, daß das Reichsbanner der einzige Verlag der Republik ist.

Vom Gauvorstand übermittelte Grüße Kamerad Drescher (Halle). Auch er wies auf die schwierige Lage im Mansfeldschen für den Reichsgedanken hin. (Ein großer Teil der Mansfelder ruft auch heute immer noch bis zum Stadium der Bewußtlosigkeit am liebsten Hurra. Das liegt an der politischen Kinderstube. D. Ber.). Kam. Drescher verurteilte besonders das Verhalten der Justiz.

Als Hauptredner trat Kamerad Krane vom Bundesvorstand auf. Er weihte das Banner der Jugendgruppe Eisleben unter ernster Ermahnung zu Ehrenhaftigkeit und Treue. Zu seinem ersten Dienste senkte sich das neugeweihte Banner und mit ihm die übrigen im Gedenken an unsere Toten, die da fielen für die Freiheit des Vaterlandes, zum Gedächtnis auch an Erzberger, Rathenau und Friedrich Ebert. Dann rief er zur Aktivität der Republikaner auf. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der Monarchisten, die in letzter Zeit wieder lebhaft geworden sind, weil die Rechtsverbände ihre Rüstungen außerordentlich verstärkt haben, und forderte auf zur Ueberwachung der Kleinkaliberschützen. Wir wollen in Zukunft gerüstet und geschützt sein. Unter Anknüpfung an politische Tatsachen und Tagesereignisse zeigte er im einzelnen das weite Feld republikanischer Arbeit und ermahnte zum Schluß, nicht nachzulassen in der Werbetätigkeit, sondern die noch Gleichgültigen von der Wahrheit und Größe der republikanischen Idee zu überzeugen.

Sämtliche Redner fanden starken Beifall. Der Flaggenerlaß wurde mit Entrüstung aufgenommen, die gipfelte in dem Ruf: Fort mit Luther!

Vom Vaterländisch-republikanischen Frauenbund übermittelte Frau Röschlein Grüße und einen Fahnennagel, während Fräulein Ilse Graumann für die Jugendmädchengruppe einen solchen mit poesiebollem Gruß überreichte.

Auf dem Festplatz und im überfüllten „Volkshaus" fanden sich dann die Kameraden zur Abwickelung des übrigen Programms in festlicher Stimmung zusammen. Das Gautreffen nahm einen glänzenden Verlauf und die üblen journalistischen Ripsleien des völkisch-monarchistischen „Tageblatt" buchen wir unter der Rubrik nationalistischer Blödsinn.

Fusion Mansfeld A.-G. und Hallesche Pfännerschaft.

In der ordentlichen Generalversammlung der Halleschen Pfännerschaft, die die Dividende auf 6 Prozent festsetzte, gab es insofern eine Ueberraschung, als der Aufsichtsratsvorsitzende, Generalkonsul Dr. Schön (Leipzig), mitteilte, daß die Aufsichtsräte der Mansfeld-A.-G., die bereits zirka 80 Prozent der Pfännerschaftsaktien schon besitzt, sowie der Halleschen Pfännerschaft beschlossen haben, den nächsten einzuberufenden Generalversammlungen eine vollständige Fusion beider Gesellschaften vorzuschlagen, um eine Vereinheitlichung des Betriebes zu erreichen. Auf 1000 Mark Hallesche Pfännerschaftsaktien sollen je 1000 Mark Mansfeld entfallen. Der Name der Halleschen Pfännerschaft soll in Anbetracht der alten Tradition in der neuen Firma in irgendeiner Form erhalten bleiben. Als Termin für die außerordentliche Generalversammlung ist der 10. Juli in Aussicht genommen.

Das Wasserspiel des Sintflutbrunnens ist unter Aufwendung größerer Kosten wieder instand gesetzt worden. Die Bürgerschaft wird gebeten, darauf zu achten, daß Beschädigungen an der Springbrunnenanlage unterbleiben.

Wimmelburg. Tödlich verunglückt ist gestern auf der Kupfhütte der Hüttenmann Jähne von hier, indem er von einer Maschine überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein, da der Bedauernswerte buchstäblich in zwei Teile zerschnitten wurde. Jähne stand im Alter von etwa 52 Jahren.

Gewerkschaftliches.

Unterstützt die englische Arbeiterschaft!

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Durch die Tagespresse dürften alle unsere Gewerkschaftsgenossen bereits über den Ausbruch des riesigen Kampfes in England informiert sein. Millionen von Arbeitsgenossen hat der Wille des englischen Unternehmertums, den Bergarbeitern erhebliche Lohnkürzungen bei verlängerter Arbeitszeit aufzuzwingen, bereits zur Arbeitseinstellung genötigt. Damit ist in England ein Arbeitskampf entbrannt, dessen Ausgang für die internationale Arbeiterbewegung nicht ohne Rückwirkung bleiben wird. Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat die Führung dieses Großkampfes übernommen, um zu verhüten, daß die englischen Arbeiter dem Machtwillen des Unternehmertums zum Opfer fallen.

Ist die Arbeiterschaft aller Länder an dem Ausgang des Kampfes indirekt beteiligt, so erwächst uns allen die Pflicht, die notwendigen Mittel zur Durchführung des Kampfes sicherzustellen. Millionen von Arbeitsgenossen sind zu unterstützen. Dem Ansuchen des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgend, rufen wir deshalb unsere Gewerkschaftsgenossen auf, ihr Scherflein zur Unterstützung des Kampfes beizutragen und dabei nicht außer acht zu lassen, daß schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist.

Gewerkschaftsgenossen! Der Appell an unsere Solidarität soll und darf nicht vergeblich sein.

Sammellisten sind sofort vom Genossen Strehler, Deutscher Nahrungs- und Genußmittelverband, Harz 42/44, Zimmer 21, abzuholen.

Ortsausschuß des ADGB.

*

Warnung. Von der IAH. wird ebenfalls versucht, auf Sammellisten Gelder einzusammeln, die angeblich den streikenden englischen Arbeitern zugeführt werden. Wir warnen vor Zeichnungen auf diesen Listen, da keinerlei einwandfreie Kontrolle darüber besteht, was mit diesen von der kommunistischen Organisation gesammelten Geldern geschieht.

Redaktion „Volksblatt".

Information der Beisitzer des OVA.

Der Landesausschuß Sachsen-Anhalt des ADGB. hatte am Sonntag die Beisitzer am Oberversicherungsamt Merseburg nach dem Gewerkschaftshaus in Halle zusammenberufen, um diese mit den neuesten gesetzlichen Bestimmungen der Unfallversicherung vertraut zu machen. Der Referent, Kollege Daniel (Merseburg), behandelte die Neuerungen der Unfallversicherung in einer instruktiven und verständlichen Weise, so daß jeder der fast vollzählig erschienenen Beisitzer folgen konnte.

Mit dieser unbedingt notwendigen Bildungsarbeit ist auch in unserem Bezirke das erstemal seit dem Kriege wieder eine Einrichtung aufgelebt, die in der Vorkriegszeit zu den Selbstverständlichkeiten gehörte und erwiesenermaßen nutzbringend gewirkt hat. Allerdings fehlten das Bezirks- und Ortskartell Halle noch dabei. Hoffen wir, daß bis zur nächsten baldigen Zusammenkunft der OVA.-Beisitzer auch diese beiden Korporationen sich klar werden, daß sie mit dabei sein müssen.

Der deutsche Fürstenspiegel
von Friedr. v. Stromer-Reichenbach
Preis Mk. 2.—, geb. Mk. 3.—
Eine packende wahrheitsgetreue Schilderung des unheilvollen Einflusses des deutschen Fürstentums auf unsere gegenwärtige politische Lage. Interessant: Es wird erstmals der Blick hinter die Kulissen des Weltkrieges und die auf historischer Grundlage beruhenden Voraussberechnungen für die nächste Zukunft. Ein unentbehrliches Buch zur Beurteilung der politischen Lage.
Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

MAGGI Fleischbrühwürfel 4 Pfg.
MAGGI's Fleischbrühwürfel
sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. — Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 10. Mai 1926:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark			
	1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Getriebefleisch
Ochsen	88	55	85	56—60
Bullen	86	72	84	
Kühe	90	54	83	
Jungrinder	82	75	80	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	120	95	110	
Hämmer und Mastlämmer	98	95	95	
Schafe	90	80	85	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	95	90	93	

Kleine Anzeigen haben hier grossen Erfolg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0007

Kunst • Wissenschaft • Leben

Max Reger.

Zum 10. Todestag am 11. Mai.

Von **Anna Schwabacher-Bleichröder.**

Am 11. Mai werden es zehn Jahre, daß einer der interessantesten, wenn auch nicht immer leicht zu erfassenden Komponisten der jüngsten Zeit, auf der Höhe des Schaffens und erst 43 Jahre alt, das Zeitliche segnete. Angesichts der großen Zahl bedeutender Musiker, die bei Lebzeiten nicht oder nur teilweise anerkannt wurden, ist es stets eine Freude, zu berichten, daß ein Genie seinen Ruhm miterleben durfte.

Dies war bei Max Reger der Fall. Umstritten allerdings, wie bei allen, die neue, noch schwer zu überblickende Wege gehen. Aber, er wurde anerkannt und mit allerlei Würden geehrt.

Max Reger wurde am 19. März 1873 im Dorfe Brandt in der bayerischen Pfalz geboren. Er war der Sohn eines Lehrers und erhielt von früh auf eine gute Erziehung, mit besonderer Beachtung seines Musiktalents. Der Knabe ist mit dem Klavier und anderen Instrumenten, ja sogar mit der Orgel, bald vertraut, so daß ihn Hugo Riemann zum Schüler annimmt. (Bedeutender Musikhistoriker und Professor der Musik in Hamburg und Leipzig und Herausgeber des bekannten Musiklexikons.) Reger studiert mit Feuereifer, bringt kleine, bald größere Kompositionen, und wir sehen ihn im großen Stil von 1901 bis 1907 in München als Musiklehrer und Komponist wirken. Hier erhält er einen ehrenvollen Ruf nach Leipzig als Universitätsmusikdirektor (bis 1908). Auch die Professorwürde wird ihm in dieser Zeit zuteil. Am 1. Dezember 1911 geht Reger als Generalmusikdirektor nach Meiningen. Und die wenigen, ihm bleibenden Lebensjahre verteilten sich hauptsächlich auf Jena, Leipzig und Meiningen, wo er als Dirigent und Pädagoge wirkte. Mehrere Universitäten, darunter Berlin, Jena, Heidelberg, ernannten Reger zum Ehrendoktor. Am 11. Mai 1916 zu Leipzig ging das innerlich so reiche und, nach Bildern Regers zu urteilen, die ein wenig Otto Erich Hartleben ähneln, auch äußerlich blühende Leben allzufrüh zu Ende.

Die Bedeutung seiner Werke kann natürlich hier nur gestreift werden. Seine Hauptstärke liegt auf dem Gebiet der Kammermusik. Hier finden wir reiche Melodik neben kühner Harmonik. Streichquartett und ein Quintett, Sonaten für Violine und Cello, die eigenartige Sonate in C-Dur, wie überhaupt vieles, wie ein Biograph Regers treffend sagt, „barock-originell" bei ihm ist.

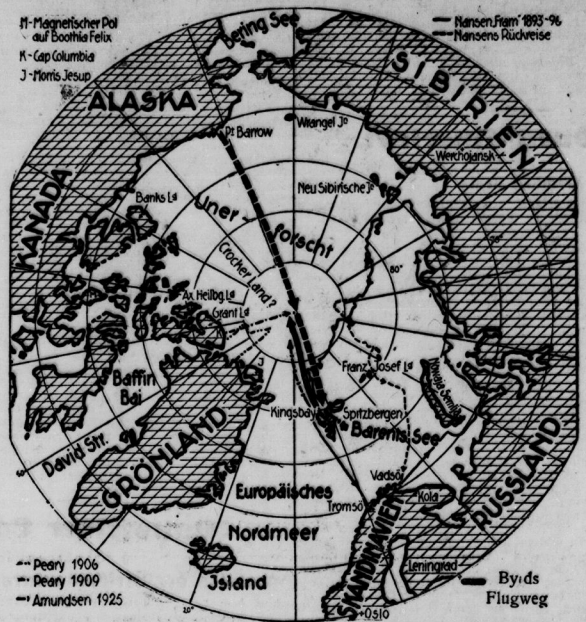
Wir verdanken Reger viele Lieder, die wir, anerkennenswerterweise nicht nur in Hausmusiken, sondern bereits am Radio hören. Mir scheint, als gehören mit zu dem Besitzergriffenen Regers Variationen für Klavier (auch für Orchester) Hillerscher und speziell Mozartscher Lieder. Und hier klingt besonders schön das süße: „Lieder gab mir, süße Lieder, Herr zu Deiner Frühlingspracht". Es sollte mehr im Volksmunde erklingen, weil leicht zu singen und ein glückliches Gemisch von Volks- und Kunstlied. An rein orchestralen Werken des Meisters seien noch erwähnt: „Tondichtungen nach Böcklin", „Sinfonietta", „Serenade". Auch verdanken wir Reger imposante Orgelwerke, z. B. Choral-Cantate über: „O Haupt voll Blut und Wunden" und besonders seine „Fuge über Bach", ein Werk, das mir einmal in der alten Thomaskirche zu Leipzig, wo Bach einst als Kantor wirkte, unter Regers Stab besonders herrlich erklang.

Soweit uns bis jetzt bekannt ist, hat der Meister sich nie auf das dramatische Gebiet der Musik begeben. Er ist darin dem von ihm geschätzten Brahms gefolgt, der sogar noch weiterging in diesem seinen Ausspruch: „Ich versuche keine Oper und keine Ehe mehr."

Ob Reger uns sein Bestes gegeben? Es es noch vor ihm sag? Freuen wir uns dessen, was er uns gab und suchen wir immer wieder diesem Meister, der eine eigenartige Sprache kündete, Verständnis entgegenzubringen.

Ellen Keys Hinterlassenschaft. Der Bevollmächtigte und Testamentsvollstrecker der soeben verstorbenen schwedischen Schriftstellerin Ellen Key teilt mit, im Testament der Verstorbenen werde bestimmt, daß der gesamte Nachlaß mit Ausnahme einiger Legate in das Eigentum der Stiftung Strands Ruheheim für körperlich arbeitende Frauen übergehen soll. Dieses Heim ist im Jahre 1914 von Ellen Key selbst gegründet worden. Sie hat ihrer Schöpfung schon zu Lebzeiten Kapital übereignet, und nun hinterläßt sie ihr gesamtes Eigentum der Stiftung. Außer ihrer Besitzung Strand am Wettersee mit Inventar und Bibliothek gehört noch ihr umfangreicher literarischer Nachlaß dazu.

Der Flug über den Nordpol



Der 9. Mai 1926 wird als ewig denkwürdiger Tag in der Geschichte der Polarforschung eingehen. An diesem Tage hat, wie bereits gestern gemeldet, ein Fliegeroffizier der amerikanischen Marine, Kommandor Byrd, von Kingsbay aus den Flug nach dem Pol angetreten und ihn glücklich bestanden. Byrd legte mit seinem Begleiter Floyd Lennes den Flug in einem Fokkerapparat zurück, mit dem der Nordpol mehrmals umkreist wurde. Oberleutnant Byrd war von Kingsbay am Sonntagmorgen 1.50 Uhr abgeflogen, erreichte den Nordpol gegen Mittag und ist um 4.20 Uhr nachmittags wieder wohlbehalten in Kingsbay eingetroffen. Er hat also zu seinem Flug zum Pol 15½ Stunden hin und zurück gebraucht. Zuerst unternahm er in einem kleinen Curtiss-Apparat einen Erkundungsflug und flog dann in dem Riesen-Fokkerflugzeug auf, umkreiste mehrfach den Pol und ließ dann direkt über dem Nordpol das Sternenbanner herunterfallen. Menschliche Wesen oder auch nur Tiere entdeckte er am Pol nicht. Der kühne Flug hat Byrd allerdings mehrere Finger der linken Hand gekostet, die ebenso wie die Nase erfroren sind. Die Nachricht von der Bezwingung des Nordpols durch den amerikanischen Piloten hat Norwegen in große Erregung versetzt. Amundsen war angeblich einer der ersten, der Byrd bei seiner Rückkehr nach Kingsbay die herzlichsten Glückwünsche zu dem Erfolg aussprechen hat.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Das Schauspiel des Stadttheaters bringt bis zum Schluß der Spielzeit noch folgende Werke: Am 17. Mai: „Das Grabmal des unbekannten Soldaten", Tragödie von Paul Rannal (Regie: Intendant Dietrich). Am 28. Mai (im Thalia-Theater): „Börsenfieber", Schwank von Max Reimann und Otto Schwartz (Regie: Ella Rochel-Müller). Am 1. Juni: „Ostpolzug" von Arnold Bronnen mit Fritz Kortner vom Berliner Staatstheater a. G. Am 3. Juni: „Kameraden", Komödie von August Strindberg (Regie: Oberspielleiter Durra). Am 18. Juni: „Sturm", Lustspiel von Shakespeare (Regie: Intendant Dietrich, Bühnenbild: Professor Dietrich). Ende Juni: „Der mohre Jakob", Schwank von Arnold und Bach (Regie: Ella Rochel-Müller). — Goethes „Egmont" kann in dieser Spielzeit nicht mehr zur Aufführung gelangen und wird wahrscheinlich als Eröffnungsvorstellung der Spielzeit 1926/27 in Szene gehen. — Am heutigen Dienstag und Sonnabend 8 Uhr „Heimliche Brautfahrt" von Leo Lenz. Mittwoch bleibt das Theater geschlossen. Donnerstag „Gräfin Mariza". Freitag 7 Uhr „Palestrina" mit Kammersänger Karl Erb und Maria Ivogün als Gästen.

Im Thaliatheater geht am kommenden Sonntag das bekannte Lustspiel „Großstadtluft" von Blumenthal und Kadelburg wiederum in Szene. Die Besetzung ist die gleiche, wie bei der Erstaufführung.

Alle **Gummiwaren** zu mäßigen Preisen im Spezialgeschäft **Gummi-Bieder**, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Verlorene Seelen.

11] Kriminalroman von Hans Hyan.

(Nachdruck verboten.)

Sie stützte nachdenklich den Kopf.

„Schön, die sollen Sie haben unter den üblichen Bedingungen und sogar ohne die Bilder. Seien Sie so gut und kommen Sie morgen früh, oder wollen Sie das Geld durch jemand abholen lassen?"

Er blieb in seiner nachlässigen Lage und sagte leichthin:

„Ich brauche es heute — sofort!"

„Das ist mir unmöglich!"

„Bedauere, dann muß ich mich an jemand anders wenden!"

Und er stand auf.

„Warten Sie! Sie sind ein ganz schrecklicher Mensch! Sie können doch nicht verlangen, daß ich eine derartige Summe in der Tasche trage; aber ich werde sofort jemand nach meiner Bank schicken. Sie frühstücken derweil einen Happen mit mir, und ich zeige Ihnen dabei etwas sehr Schönes!"

Mit einem Lächeln, das ihn fast häßlich machte, fragte er:

„Eine kleine Nouveauté?"

Sie nickte schmunzelnd und wollte sich erheben, ließ sich aber nochmals nieder.

„Warten Sie, mein lieber Herr Wandow, wir können das Geschreibsel gleich noch erledigen, damit Sie nachher dadurch nicht mehr aufgehalten werden."

Sich über die weitausgezogene Platte beugend und mit ihrer breiten, gewöhnlichen Schrift erst ein und dann noch ein zweites Wechselformular ausfüllend, erkundigte sie sich:

„Worin besteht denn eigentlich das ungeheure Vermögen, dessen glücklicher Besitzer Ihr Herr Vater ist?"

Der junge Mann, der, sobald man ihm von einem schönen Weibe sprach, einem Löwen glich, der Blut riecht, wurde schon ein wenig ungeduldig.

Das war's, was sie wollte.

„Mein Gott, ich glaube, das weiß er selber kaum," sagte Wandow, „geschweige denn ich, der ich gar nichts von geschäftlichen Dingen verstehe. Da sind große Berg- und Hüttenwerke in Schlesien, Eisenwalzwerke und weiß der Teufel was sonst noch alles. Aber sind Sie denn noch nicht fertig? Das dauert ja 'ne Ewigkeit!"

„Wohl, hier bitte, zwei Akzeptchen à 15 000 — stimmt doch?"

Während er die Wechsel durchlas und unterschrieb, füllte sie einen Scheck aus. Dann drückte sie auf einen Elfenbeinknopf in der Wand neben ihrem Schreibtisch.

„Xaver soll kommen!" sagte sie zu dem eintretenden Dienstmädchen.

„Schenken Sie Ihrem Bedienten soviel Vertrauen?" wunderte sich Wandow.

Frau von Demuth lachte laut auf. Sie sollte irgend jemand Vertrauen schenken?! Das war wirklich spaßhaft!

„Schäfchen Sie!"

Ein vertrauliches Augenzwinkern.

„Ich laß ihn den Scheck nach der Bank tragen. Das Geld bringt mir nachher der Kassenbote."

Der Bediente trat ein, der Herrin Augen ruhten wohlgefällig auf dem großen, schöngewachsenen Menschen mit dem hübschen, etwas verschlafenen Gesicht.

„Hier, Xaver, trag das gleich zur Bodenkreditbank."

Der Bediente nahm das Kuvert und ging mit einer linkischen Verbeugung hinaus.

„Ein hübscher Kerl, was?" meinte Frau von Demuth mit einem vielsagenden Lächeln. „Aber kommen Sie, lieber Freund, wir wollen jetzt frühstücken!"

Sie erhob sich und schritt ihm voraus über den Korridor in den Salon, [illegible]

Welch ein Prunkstück! dachte er.

Im Salon saß in dem japanisch dekorierten Erker, mit einer Häkelei beschäftigt, Helene Bunzlau.

Sie hatte mehrfach den Versuch gemacht, Blanche d'Hivers zu sprechen, aber in deren Wohnung öffnete ihr niemand, die Künstlerin schien verreist.

Bei Böhmes war Helene seit geraumer Zeit die Miete schuldig, und obwohl sie weder der Alte, der seit kurzem immer nur still und verstört in seiner Werkstatt saß, noch seine Tochter mahnten, so war Helene der Gedanke an diese mit jedem Tage mehr drückende Verpflichtung doch äußerst peinlich.

Es war schon ziemlich lange her, daß sie sich das warme Essen abgewöhnt hatte, aber selbst das trockene Brot fing an, bei ihr knapp zu werden. Und doch möchte sie sich nichts schenken lassen. Um Käthe Böhmes Hilfsbereitschaft aus dem Wege zu gehen, wanderte sie todmüde und entkräftet durch die Straßen, von einem Stellenvermittlungsagenten zum anderen, jede Zeitungsannonce ablaufend, von der frechen Schamlosigkeit der Männer angewidert und mit dem festen Entschluß, eher zu sterben, als ihre Ehre zu verkaufen.

Was hatte Blanche d'Hivers nur mit ihrer Bemerkung hinsichtlich der Stellung bei Frau Demuth sagen wollen?

In dem heißen Bestreben, irgend einen Zufluchtsort zu finden, zeigte ihre vom Hunger und der endlosen Erschöpfung gereizte Phantasie ihr das Bild jener Dame jetzt in einer ganz anderen, viel freundlicheren Beleuchtung, als an jenem Abend, der sie ihre Bekanntschaft machen ließ.

Wie lieb war Frau von Demuth gewesen. Wie lächerlich war es, nach einer so flüchtigen Begegnung gegen jemand ein Vorurteil zu haben! Alle Menschen können doch nicht schön sein! Wie töricht, auf solche Aeußerlichkeiten etwas zu geben!

Niemand versteht es besser, jeden, aber auch jeden Skrupel zu zerstreuen als die Not.

Helene ging hin zu Frau von Demuth, wurde von dieser wie von einer Mutter empfangen und sofort als Gesellschafterin engagiert.

Und jetzt, wo sie ein paar Tage da war, fühlte sich dieses arglose und dankbare Kind wie im Himmel und bat heimlich Frau von Demuth tausendmal ihr Unrecht ab, welches keines war.

Als die Dame nun mit ihrem Gast den Salon betrat, da stand Helene auf und grüßte, den Perlenvorhang, hinter dem sie gesessen hatte, aufhebend, mit ihrem sonnigsten Lächeln.

Dann aber senkten sich plötzlich die langen Wimpern, das Mädchen fing an zu zittern und preßte, ohne es zu wissen, die Hand auf das wie von einem jähen Krampf befallene Herz.

Dieser schöne Mensch, der da an der Seite von Frau Demuth hereintrat, war auch einer von den Kecken gewesen, die sich auf ihren einsamen Gängen durch Berlin an sie herangedrängt hatten. Und kein anderer hatte sie so mit seinen Anträgen belästigt. Ganze Straßen lang war er ihr gefolgt und hatte so lange in sie gedrungen, bis sie auf einen Schutzmann zuging.

Das Schlimmste aber war das Weh, das diese Ablage ihr selbst bereitet hatte.

Philipp Wandows weißes Gesicht sah unschuldig aus. Aus seinen blauen Augen strahlte soviel begeisterte Huldigung! Eine wohlklingende Stimme und die zwanglos eleganten Bewegungen dieses von Sport und körperlichen Uebungen gestraften Körpers — in seiner Person vereinigte sich alles, um einem unerfahrenen Mädchen das zu rauben, was sie am wenigsten zu verlieren wünscht.

Seine Gewandtheit fand auch in dieser Situation ohne weiteres das erlösende Wort.

Er wandte sich halb an Frau von Demuth und sagte:

„Das erste, was ich dieser Dame schuldig bin, ist eine Bitte um Verzeihung!"

Er ging auf Helene zu und drückte auf ihre feinfingrige Hand einen zarten, flehenden Kuß.

Dann gab er, wieder zu Frau von Demuth gewandt, eine Erklärung in wenigen, klug gewählten Worten, die ihn als einen etwas kühnen Verehrer weiblicher Schönheit, das Mädchen aber als Heilige erscheinen ließen.

„Welch ein Schauspieler!" dachte Frau von Demuth und nahm mit einem erhabenen Neigen ihres hochfrisierten Kopfes die ihr zugewiesene Rolle an, als Schützerin der bedrängten Tugend.

Man ging ins Speisezimmer zum Frühstück.

Frau von Demuth hatte einen herrlichen Burgunder aufstellen lassen und nötigte Herrn Wandow fleißig zum Trinken. Sie rechnete sich aus, daß wenn ihr Gast fünf Glas Wein trinke, so würde ihr jedes Glas zweitausend Mark bringen. Aber sie gestattete ihm sogar, zehn Glas zu trinken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260511-12/fragment/page=0008